

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 18. Oktober 1928  
10. Jahrgang Nummer 244

Preis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 15 Pf.  
Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk.  
Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Kellerausschreibungen 10 Pf., die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuziger Straße 60, Telefon 560 89.  
Filial-Expeditionen: Breslau 544, Medallastr. Breslau, Kreuziger Straße 50, Telefon 250 02, Grotzschall der Medallastr. von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Glatz, Wilhelmstraße 28, Telefon 4088; Glatz, Quitt 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäfts-Nach am Hauptverlag Breslau. — Verlags-Gesellschaft, Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Deutscher“ Berlin, 811, Breslau, Kreuziger Str. 60.

## Bergarbeiter, weiterkämpfen! Sozialdemokratischer Reichsarbeitsminister Wiffell diktiert Arbeiter beschließen Streikfortsetzung

11. Berlin, 16. Oktober. Der zur Beilegung der Lohnstreiks leitenden im niederschlesischen Steinkohlenrevier am 13. Oktober gefällte Schiedsspruch ist heute vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Ueber die Wiederaufnahme der Arbeit haben die Parteien im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung abgeschlossen.

\*

Damit ist der schändliche Verrat an den Waldenburger Bergarbeitern Tatsache geworden. Jetzt können die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht mehr sagen, daß es der Zentrumsmann Oberregierungsrat Glanzen war, der kein Verständnis für die Not der Bergarbeiter hatte und demzufolge den ungeheuerlichen 4,5prozentigen Spruch mit einer Bindung bis Ende 1929 fällte. Die Verbindlichkeitsklärung durch den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wiffell zeigt, daß die SPD-Führer ebenso Verräter an den Interessen des Proletariats sind, wie die Christen. Weil die Industriemagnaten erklären, es müsse Schluss mit allen Lohnherabsetzungen gemacht werden, deshalb heißt sich auch Wiffell, seine Befähigung als treuer Kapitalistendienstler bekundigen.

Was wird nun werden? Selbstverständlich werden Hoffmann und seine Gefinnungsgegnossen den Kampf für abgeschlossen erklären. Es ist bereits eine Vereinbarung über die Arbeitswiederaufnahme abgeschlossen — obwohl die Gewerkschaftsangehörigen genau wissen, daß die Bergarbeiter gegen die Arbeitswiederaufnahme sind, solange die geforderten 15 Prozent nicht bewilligt sind. In der Revierkonferenz, die für 10 Uhr im „Hebter“ einberufen war, sind die Gewerkschaftsangehörigen bestimmt nur in diesem Sinne aufgetreten. (Ein Bericht über den Ausgang der Revierkonferenz kann erst morgen veröffentlicht werden.)

Bergarbeiter, mögen die reformistisch-christlichen Führer kapitulieren. Die Arbeiter dürfen nicht kapitulieren! Diejenigen Delegierten auf der Revierkonferenz, welche möglicherweise für Streikabbruch gestimmt haben, haben nicht nach dem Willen der Streikenden gehandelt. Die letzte Entscheidung liegt in den Händen der Streikenden selbst. Sofort müssen überall Streikversammlungen stattfinden. Dort muß die Fortsetzung des Streikes ohne Rücksicht auf die erfolgte Verbindlichkeitsklärung beschlossen werden. Gleich-

zeitig muß eine Ergänzungs- bzw. Neuwahl der örtlichen Streikleitungen erfolgen. Die Streikleitungen dürfen nur aus solchen Betriebsarbeitern zusammengesetzt sein, die sich von der Schlinge des Schlichtungssystems nicht fangen lassen.

Wenn es den Waldenburger Bergarbeitern gelingt, noch in letzter Stunde die entscheidenden Betriebsbelegschaften geschlossen auf der von uns bereits mehrfach gezeigten Linie in den Kampf zu führen, so muß und wird der Hungerstreik hinweggefegt und das Schlichtungssystem erfolgreich angegriffen werden. Gelingt ihnen das nicht, so hat der Waldenburger Streik durch die Schuld der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Minister mit einem Fiasko geendet. (Siehe auch den gestern geschriebenen Artikel auf der ersten Beilage.)

### Für Kampffortsetzung — trotz Verbindlichkeitsklärung

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir folgende Meldung:

Gestern nachmittag fand in Nieder-Hermsdorf eine überaus zahlreiche Streikversammlung statt. Nach ausgiebiger Aussprache wurde mit allen gegen eine einzige sozialdemokratische Stimme folgende Entschliessung angenommen:

„Die heute am 16. 10. im Hotel „Glückhülfe“ versammelten streikenden Bergarbeiter beschließen, den Streik auch im Falle einer Verbindlichkeitsklärung bis zur Erfüllung der fünfzehnprozentigen Lohnforderung fortzusetzen. Der Streikabbruch darf keinesfalls durch die Zentralstreikleitung angeordnet werden. Darüber zu entscheiden hat nur die Revierkonferenz und die Streikenden selbst.“

In einer weiteren Entschliessung wird die Gemeinde aufgefordert, die Hilfsmassnahmen für die durch den Streik in Not geratenen Gemeindeglieder und ihre Familien sofort zu ergreifen.

### Nach dem Volksbegehren

Das Volksbegehren ist beendet. Zu Hunderttausenden sind die Arbeiter in den letzten Tagen in den Einzugsstellen erschienen, um mit ihrer Unterschrift zu bekunden, daß sie sich zu dem von der gesamten Bourgeoisie, von der gesamten Sozialdemokratie bekämpften Volksbegehren gegen imperialistische Kriegsrüstungen bekennen. Trotzdem, trotz der wachsenden Beteiligung der letzten Tage, die allem Anschein nach bei einem weiteren Termin des Volksbegehrens sich noch gewaltig weiter gesteigert hätte, wird die Zahl der öffentlichen Einzugsleistungen nicht die 4,2 Millionen, die die bürgerliche Demokratie zur Einleitung des Volksentscheides fordert, erreichen.

Die Imperialisten und Militaristen werden den zahlenmäßigen Misserfolg des Volksbegehrens mit einem Gefühl der freudigen Erleichterung begrüßen. Sie haben schon während der Vorbereitung des Volksbegehrens die unschätzbaren Dienste, die die Sozialdemokratie dem deutschen „Vaterland“ bei der Bekämpfung des Volksbegehrens geleistet hatte, gebührend anerkannt und gewürdigt. Sie werden auch jetzt nach dem Volksbegehren die Rolle, die die Reformisten gespielt haben, richtig einschätzen. In der Erkenntnis, daß die reformistischen Führer alle Kriegsrüstungen und Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie unterstützen, alle Aktionen der revolutionären Arbeiterpartei, des revolutionären Proletariats gegen den imperialistischen Krieg zu durchkreuzen versuchen und mit den Mitteln der Lüge, der Verleumdung, des Terrors bekämpfen werden, wird das imperialistische Truktabital in der Zukunft freier denn je seine Forderungen auf erhöhte Rüstungen und verringerte Löhne stellen.

Die sozialdemokratischen Führer möchten in das Freudengeheul der Bourgeoisie „instimmen“. Sie, die das Volksbegehren gegen imperialistische Kriegsrüstungen mit Recht als eine auch gegen die Verräterpolitik der Reformisten gerichtete Bewegung aufsaßen, wissen der Bourgeoisie ihrerseits Dank, daß sie durch das Totschweigen des Volksbegehrens, durch die behördliche Sabotage, durch den offenen Terror auf dem Lande und den verführten in den Städten, die Möglichkeit einer Durchführung des Volksbegehrens in weitestem Maße verhindert hatten. Die Sozialimperialisten möchten das zahlenmäßige Ergebnis des Volksbegehrens als einen Beweis für die „Ohnmacht der SPD.“ ausschlagen. Aber gerade dieser Versuch zwingt sie zu Feststellungen, die den Sinn dieser Zahlen am besten bekräftigen.

In einem „Die Ohnmacht der SPD.“ betitelten Aufsatz im „Vorwärts“ vom 16. Oktober schreibt Wilhelm Dittmann wörtlich:

„Wer hinging zum Einzugsheute, mußte sich also öffentlich mit eigenhändigem Namenszuge als Kommunist bekennen. Mehr als die Hälfte der kommunistischen Wähler bei der geheimen Reichstagswahl ist davor zurückgeschreckt.“

Mit diesen Worten sagt Dittmann nichts mehr und nichts weniger, als daß die Einzugsleistung gegen Panzerkreuzerbau im Deutschland der Hindenburg und Groener, im Deutschland der Hermann Müller und Severing soviel bedeutet, daß man sich damit als Kommunist bekennt. Die kommunistische Partei ist also nach dem sozialdemokratischen Eingeständnis die einzige Partei, die den Kampf gegen imperialistische Kriegsrüstungen führt! Dittmann, der „Rutige“, wundert sich, daß die Hälfte der kommunistischen Wähler vor der öffentlichen Einzugsleistung zurückgeschreckt ist. Welche Niedertracht, welche schamlose Heuchelei liegt in diesen Worten Dittmanns! Was ist denn der Sinn des geheimen Wahlrechts überhaupt, wenn nicht die Beilegung des Wahlterrors, dem der Landarbeiter, der Kleinbauer, aber auch der Betriebsarbeiter bei öffentlichen Wahlen teillos preisgegeben wird? Ist doch nur allzu bekannt, daß die Einzugsleistung „Kommunist“ heute genügt, damit der Betriebsarbeiter auf die Straße flieht — von den Landarbeitern, Kleinbauern, Beamten und Angestellten gar nicht zu reden!

Unter diesen Umständen muß man das zahlenmäßige Ergebnis des Volksbegehrens genau umgekehrt als es die Bourgeoisie und die Agenten der Imperialisten vom Schlage Dittmann, Pankler & Co. tun, einschätzen. Angesichts der Tatsache, daß jeder, der sich öffentlich gegen den Panzerkreuzerbau und gegen imperialistische Kriegsrüstungen eingesetzt hat, sich damit zur kommunistischen Partei bekennend, ist der zahlenmäßige Erfolg ein Leuchten über dem Dunkel für die revolutionäre Bewegung und den persönlichen Mut aller Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich am Volksbegehren beteiligten. Solche und ähnliche Beispiele von Dittmann, zwischen den Einzugsleistungen des Volksbegehrens und den Wählern bei der öffentlichen Stimmabgabe zum

## Lodz ohne Licht!

Generallstreik vollkommen durchgeführt — Zusammenstöße mit der Polizei

Warschau, 16. Oktober. Der Generallstreik, der am Montag in Lodz begonnen hat, hat auch auf einige Industrieortschaften in der Umgebung übergegriffen. Alle diese Städte lagen fast wie ausgekorkt da, um so mehr, als auch Straßenbahn und Autobroschken den Verkehr einstellten. Am Nachmittag traten auch sämtliche Kellner und Feiseurgeliffen in den Ausstand. In den Nachmittagsstunden war in den Restaurationen kein Essen mehr zu bekommen. Ferner traten auch die Theaterarbeiter und die Gasarbeiter in den Streik, so daß die größere Hälfte der Stadt ohne Licht war. Ueberall demonstrierten revolutionäre Arbeiter. Die Polizei ging mit blanker Waffe gegen die Demonstranten vor. Zahlreiche Kommunisten wurden verhaftet. Als Dienstag früh arbeitswillige Straßenbahner einen beschränkten Verkehr aufnehmen wollten, wurden die Wagen von Streikenden angehalten und die Wagenführer gezwungen, in das Depot zurückzufahren.

### Wieder ein frecher Schwindel der ultralinken sozialdemokratischen Presse

Die letzte Nummer des Urbahn-Blattes brachte eine Meldung über einen angeblichen Brief des Genossen Stalin an das ZK der SPD.

Diese Meldung ist von A bis Z erlogen. Selbstverständlich hat sie die gesamte SPD-Presse in sensationeller Aufmachung

gebracht. Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen sich über diese Methoden, sie tagtäglich zu beschwindeln und zu belügen, ihr Urteil bilden.

### Franz-Mehring-Haus in Leipzig

Unser Leipziger Bruderblatt, die „Sächsische Arbeiterzeitung“, und die Parteiräume der SPD, Leipzigs erhielten ein neues Heim, das Franz-Mehring-Haus. Die räumliche Ausdehnung des Unternehmens der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ist die Folge der kühnen Ausbreitung der kommunistischen Presse auch im Leipziger Gebiet, in der Hochburg der „linken“ Sozialdemokratie.

### Vom Tage

Gestern fand in Prag unter außerordentlich harter Beteiligung der Arbeiterschaft die Beerdigung der ersten Opfer des Bauunglücks statt. Revolutionäre Arbeiter führten einen Dornenkranz mit der Aufschrift „Der Kapitalismus mordet die Arbeiter“ sowie Standarden mit revolutionären Inschriften und rote Fahnen mit. Eine Standarden wurde beschlagnahmt.

Wie aus Tokio berichtet wird, plant Japan den Bau einer riesenluftschiffes, das mit Kanonen und Bomben ausgerüstet werden soll.



Freiwilligen Landtag in der Vorzeit. Das Bekenntnis zum Kommunismus ist heute unvergleichlich gefährlicher als das Bekenntnis zur Sozialdemokratie in der Vorzeit war. Unter den sonstigen Umständen, daß das Volksbegehren von der gesamten bürgerlich-sozialdemokratischen Presse als eine kommunistische Aktion nicht angesehen, nicht bekämpft wurde, gestaltete sich das Volksbegehren in der Tat zu einem Bekenntnis zum revolutionären Kampf gegen die imperialistische Krieg- und für die Verteidigung der Sowjetunion unter der Führung der KPD. In diesem Sinne ist das Ergebnis als mutiges, trotziges, öffentliches Kampfbekenntnis gegenüber dem Terror und den Drohungen der Ausbeuter nicht zu vergleichen mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen und zeigt davon, daß unter den Millionen Sympathisierender sich fast die Hälfte auch bereit erklärt, Opfer für ihre revolutionäre Bestimmung zu bringen.

Es genügt aber nicht, wenn wir uns bei der Bewertung der Ergebnisse bloß auf die Bewertung der Zahlen beschränken. Der große Erfolg des Volksbegehrens, der trotz allem bürgerlichen und reformistischen Geschrei feststeht, liegt vor allem in der praktisch geleisteten Arbeit, der Aufwählung und Aufstellung der Massen gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und gegen die Panzerkreuzerpolitik der reformistischen Führer. In dieser Beziehung war der Erfolg dieses ersten Appells, dieses ersten Schrittes zur Mobilisierung der werktätigen Massen viel größer, nämlich tiefer und dauerhafter, als er sich in den Zahlen ausdrückt. Die Krise der Sozialdemokratie, die durch den Panzerkreuzerbeschuß ausgelöst wurde, kommt heute äußerlich weniger zum Ausdruck als in den ersten Wochen der offenen Rebellion der SPD-Mitgliedschaft. Dieser Schein darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Krise des Sozialimperialismus unaufhaltsam weiterbesteht und nach den unvermeidlich kommenden neuen Panzerkreuzerbeschlüssen der SPD-Führung sich wieder in Empörungswürmen entladen wird. Diese Krise wurde von der kommunistischen Partei durch das Volksbegehren wesentlich beeinflusst. Zwar ist es zahlenmäßig nicht festzustellen, wieviel sozialdemokratische Arbeiter sich am Volksbegehren beteiligten, doch dürfte ihre Zahl zweifellos viele Tausende betragen. Und das ist angesichts des Umstandes, daß jede Einzelzeichnung ein öffentliches Bekenntnis zum Kommunismus galt, ein Faktor von nicht gering hoch einschätzender Bedeutung, ein erster Erfolg der revolutionären Einheitsfront von unten gegen die imperialistische Kriegspolitik.

Zum erstenmal drangen wir mit unseren revolutionären Kampflösungen gegen den imperialistischen Krieg, für die Sowjetunion, in werktätige Schichten ein, die bisher durch die kommunistische Agitation und Propaganda überhaupt nicht beeinflusst wurden. Tausende von neuen, zum Teil aus der SPD. ausgetretenen, Mitgliedern der KPD., Tausende von neuen Lesern der Parteipresse, sind weitere zahlenmäßige Beweise dafür, daß die Partei durch die in kurzen zwei Monaten geleistete Arbeit ihren Einfluß nicht nur politisch, ideologisch, sondern auch organisatorisch vergrößern konnte.

Neben diesen positiven Momenten ist es nötig, die Lehren aus dieser Kampagne auch in dem Sinne zu ziehen, daß die zahlreichen Schwächen und Mängel unserer Arbeit durch offene, rücksichtslose Selbstkritik aufgezeigt werden. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung muß unabweisbar das große Verhältnis zwischen dem politischen und organisatorischen Einfluß der KPD. stehen, das sich vielleicht noch nie so klar wie diesmal bemerkbar machte.

Und noch eins. Klar ist, daß die massenpsychologische Seite der Panzerkreuzerkampagne nicht genügend beachtet wurde. In unzähligen Fällen konnten unsere unermüdlich agitierenden Genossen und KPD-Kameraden von den Arbeitern, die sie zur Einzelzeichnung aufforderten, die Antwort hören: „Wir sind gegen Panzerkreuzer, aber wir haben uns ja vor zwei Jahren beim Volksbegehren für Führerentscheidung eingetragen, und es hat nichts genützt. Es wird jetzt auch nichts nützen.“ Unzweifelhaft hat die KPD. durch ihre verlässige Argumentation zu dieser Stimmung auch beigetragen. Aber sie ist auch ohne diese Beeinflussung in den breiten Schichten der Bevölkerung vorhanden gewesen. Und unsere Propaganda trug dieser Stimmung lange nicht genügend Rechnung.

Die größte Lehre des Volksbegehrens ist die doppelte Erkenntnis: Die ungeheure Mehrheit der werktätigen Bevölkerung Deutschlands will nichts von Kriegsgeschrei, nichts von Kriegsvorbereitungen der deutschen Ausbeuterklasse, nichts von dem Verrat der Reformisten. Geborgt von Geld und von den tausend Mägen und Sorgen des Alltags, leben sie ohne irgendwelche politische Auffassung klumpf dahin. Und die andere Erkenntnis: Die Massen sind nur so lange

willige Werkzeuge des Imperialismus, bis sie nicht aufgeföhrt werden. Sie können für den Kampf gegen Krieg und Unrecht, gegen Unterdrückung, für den Kampf um ihre eigenen Interessen gewonnen werden. Unendlich groß sind die Aufgaben und die Schwierigkeiten die vor uns stehen. Unendlich groß aber auch die Möglichkeiten für die Verdichtung und Vertiefung unseres Einflusses unter den werktätigen Massen.

Die KPD. begehrt das Volksbegehren in ihrem Aufruf als den ersten Auftakt, den ersten Appell zum Kampfe gegen imperialistische Kriegsvorbereitung, gegen Panzerkreuzerpolitik und Koalitionspolitik. Der Kampf geht weiter auf der ganzen Linie. Durch die Ausprägung von hunderttausenden Arbeitern, die es wagen, höhere Löhne zu

fordern, kündigt das Monopolkapital seinen Kurs auf verheerliche Unterdrückung und Niederhaltung der Arbeiterklasse an. Drohend stehen sich die Kriegswolken auf dem internationalen Horizont zusammen. Inmitten des wilden Wettstreits der imperialistischen Staaten der ganzen Welt, inmitten der offenen und verheerenden Unterdrückung des kriegslustigsten deutschen Imperialismus durch die Reformisten, inmitten der wütenden Dege und Verleumdungskampagne gegen den ersten Arbeiterstaat und gegen die KPD. steht die Partei, gestützt auf die breiten Sympathien der werktätigen Massen, entschlossen da, verbreitert und vertieft ihren Einfluß, korrigiert ihre Fehler durch rücksichtslose Selbstkritik und führt die proletarischen Massen Deutschlands neuen höheren revolutionären Kämpfen entgegen.

# Vorläufige Gesamteinzeichnungsziffern

## Starke Steigerung in den letzten Tagen

Am Montag zeichneten sich in Berlin 76 000 Arbeiter in die Listen für das Volksbegehren ein. Die Resultate vom Dienstag liegen noch nicht vor, doch dürfte die Zahl der Gesamteintragungen voraussichtlich mindestens circa 400 000 betragen.

In Breslau waren am letzten Tage die Einzelzeichnungen am häufigsten und betragen 1201. Das Gesamtergebnis dürfte circa 7600 einschließlich der eingemeldeten Landorte betragen.

In Döbeln beträgt das Gesamtergebnis 720, das sind 81 Prozent der Wahlziffern vom Mai 1928. Fünf Stimmen wurden für ungültig erklärt.

## Die Streikenden für das Volksbegehren

### Kommunistische Stimmenzahl in Nieder-Hermsdorf überschritten!

Für das Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau wurden in Nieder-Hermsdorf, Kreis Wittenberg, 541 Einzelzeichnungen gezeichnet. Die Zahl der bei der Reichstagswahl für die Kommunisten abgegebenen Stimmen betrug 483.

Demnach haben 58 bisher sozialdemokratische Wähler des Ortes trotz aller Dece und trotz allen Terrors der sozialdemokratischen Führer für das Volksbegehren gestimmt und erklärt, daß Wirtschaftskampf und Kampf gegen den imperialistischen Krieg eins sind.

## Ein Schandstreik der Gewerkschaftsführer

### Sie treten für Beibehaltung des Schlichtungsblattes ein.

(Fig. Ber.) Berlin, 17. Oktober. Im Reichsarbeitsministerium verhandeln die Unternehmer gestern mit den Gewerkschaftsvertretern über „Reform des Schlichtungswezens“. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß sie keine Forderung stellen werden, die den Wegfall der Verbindlichkeitsklärung verlangt. (Wir werden darüber noch ausführlich berichten.)

## Die Partei marschiert

### 435 neue Parteimitglieder, 800 neue Leser im Bezirk Halle-Merseburg

In den letzten Wochen haben wir bereits mehrfach über die Teilerfolge der Werbearbeit für Partei und Presse in Halle-Merseburg und anderen Bezirken des Reiches berichtet. Unser Kruberorgan, der „Massenkampf“ in Halle, gibt nunmehr das vorläufige Gesamtergebnis bekannt. Vom 1. Oktober bis heute wurden 435 neue Parteimitglieder gewonnen unter gleichzeitiger Gründung drei neuer Ortsgruppen. In Halle gelang es allein, 128 neue Mitglieder zu werben.

In einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Ortsgruppen gelang es, 800 neue Leser für den „Massenkampf“ zu gewinnen. — Da die Werbearbeit noch den ganzen Oktober hindurch läuft, wird der Endserfolg unserer Partei im Bezirk Halle-Merseburg ein außerordentlich guter sein. Es ist zu hoffen, daß die Werbearbeit für Partei und Presse in den übrigen Bezirken des Reiches ähnliche und bessere Resultate aufweisen kann, weil dies zugleich die beste Antwort auf die

Panzerkreuzerpolitik der SPD-Führer darstellt, da sich ohne Zweifel unter den neuen Parteimitgliedern und neuen Lesern der Parteipresse zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter befinden.

In Schlesien sind seit Anfang dieses Jahres 1000 neue Parteimitglieder gewonnen und 25 Ortsgruppen gegründet worden. In den nächsten Wochen und Monaten gilt es, die Werbearbeit für Partei und Presse in Schlesien und Oberschlesien zu verstärken. Als besonders wirksames Werbemittel für Partei und Presse hat sich bisher die Verbreitung der Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ erwiesen. Genossen, Genossinnen, bestellst und verbreitest in erhöhtem Maße die Wochenausgabe, damit die Werbelergebnisse in Schlesien und Oberschlesien nicht hinter Halle zurückstehen.

## Die neuen Lügenmeldungen der sozialdemokratischen ultralinken Schmutzpresse

Die gesamte sozialdemokratische Presse brucht aus dem gelbsten „Vollwollen“ eine Notiz ab, wonach die Gruppe A, Straßensellen A und B des 6. Berliner Verwaltungsbezirks sich einstimmig für den Ausschluß Thälmanns aus der Partei erklärt hätten.

Auch diese Meldung ist, wie so viele andere in der sozialdemokratischen Presse glatt erlogen. In einer Sitzung der betreffenden Gruppe hat ein der rechten Fraktion angehörendes Mitglied der Partei einen solchen Antrag gestellt. Die Mitgliedschaft der Sellen A und B, die geschlossen hinter den Beschlüssen des GPK. steht, nahm den Antrag selbstverständlich überhaupt nicht ernst und hielt es nicht für nötig, darauf noch näher einzugehen.

Dieses Beispiel ist nur ein neuer Beweis für die unendlich verlogenen Meldungen der SPD-Presse, ihren Lesern eine „Krise“ der KPD. vorzutäuschen. Dabei ist festzustellen, daß die sozialdemokratische Presse sich mit der ultralinken Schmutzpresse vollkommen identifiziert und deren Meldungen durch ihre Überschriften als wahrheitsgetreu bezeichnet.

Vor Schlichtungsverhandlungen im Lodzer Textilarbeiterstreik. — II. Warschau, 16. Oktober. Die Lodzer Textilindustrie wandte sich am Dienstag an den Arbeitsminister mit der Bitte um Eingreifen. Darauf hat der Arbeitsminister beide Parteien für Donnerstag zu einer Sitzung eingeladen.

Feldsturz auf der Arbergbahn. — II. Innsbruck, 16. Oktober. Auf der Arbergbahn zwischen den Stationen Friesch und Bettneuer stürzte am Montag eine große Feldmasse auf das Gleis, so daß der gesamte Verkehr auf der Arbergbahn eingestellt werden mußte. Besonders bedenklich ist, daß sich auch im Gang Riffe zeigen, die neue Feldstürze verkünden. Die Ursache dürfte in Unterwahrung infolge der letzten Neberschläge zu suchen sein. Es ist dies die dritte Verkehrshinderung innerhalb eines Vierteljahres.

Schwerer Orkan über Süd-Marokko. — II. Paris, 17. Oktober. Nach einer Meldung aus Marrakesch hat ein schwerer Orkan die ganze Gegend zwischen Südmarokko und dem Rio del Oro heimgesucht. Zahlreiche Eingeborenen-Niederlassungen wurden vollkommen zerstört. Auch die Truppen hatten schwer zu leiden.

# Erotik und Spionage

## in der Etappe Gent Von Heinrich Wandt

18 (Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Inlangt mußten die Brieftauben von ihren Besitzern nur streng interniert werden. Weil aber immer wieder Fälle festgestellt wurden, in denen Brieftauben zur Spionage verwendet wurden, erließ Herzog Albrecht von Württemberg, der drei Jahre der Oberbefehlshaber der vierten Armee war, im Mai 1915 den folgenden Befehl:

- Bekanntmachung.**
- Nachdem seit längerer Zeit der Verdacht eines regen Brieftaubenverkehrs zwischen Ostende und Kienport bestanden hatte, ist es am 1. Mai gelungen, eine Brieftaube mit wichtigen Nachrichten über wichtige deutsche Heeresverhältnisse im Flug von Ostende nach dem Feinde zu bel. Ribbelleerte abzuschließen.
- Die Meldung kamte aus Ostende.
- Bis zum 8. Mai dieses Jahres 8 Uhr abends (deutsche Zeit) sind alle Tauben im ganzen Gebiet der vierten Armee zu töten. Jeder Transport von lebenden Tauben ist verboten.
- Die Ortskommande hat für strengste Durchführung dieser Maßregel persönlich verantwortlich.
- Fortan wird auf das Strengste befohlen:**
1. Jeder, in dessen Besitz oder auf dessen Grundstück nach oben genanntem Datum noch eine lebende Taube gefunden wird.
  2. Wer von dem Vorhandensein lebender Tauben Kenntnis erhält und nicht sofort dem zuständigen Ortskommande oder der nächsten deutschen Militärbehörde Meldung erstattet.
  3. Jeder Ortskommande oder sonst zu Meldungen Verpflichtete, der nicht die deutsche Militärbehörde von dem Vorhandensein ihm bekanntgewordener lebender Tauben benachrichtigt.
  4. Jeder, der eine ihm ausgelassene Taube nicht sofort an die nächste deutsche Militärbehörde abliefern.
- Widerdem wird die ganze Gemeinde, in deren Gebiet in Zukunft eine lebende Taube gefunden wird, zur Rechenschaft und zur Beauftragung mit herangezogen werden.
- Der Oberbefehlshaber:  
Herzog Albrecht von Württemberg.

Diese Verordnung erregte unter den zahlreichen Viehhältern von Brieftauben ein wahres Entsetzen. Sie hingen an ihren Tierchen meist wie an ihren eigenen Kindern und hatten nicht selten große Gelbwerke in ihnen festgelegt.

Viele dieser Leute liefen zu den deutschen Kommandanten, um eine Milderung des Befehls zu erwirken. Sie waren verzweifelt und meinten: Reiche Brieftaubenbesitzer boten nicht selten Tausende von Mark, um das Leben ihrer Lieblinge zu retten. Es war alles vergebens.

Ein Taubenliebhaber, der sein ganzes Geld an diesen Sport gehängt hatte und der seine Tierchen nicht zu töten vermochte, nahm sich aus Verzweiflung das Leben.

Eine Reihe anderer Brieftaubenbesitzer, die es nicht fertigbrachten, ihren Schätzen die Hälfte umzubringen, verjagten, sie zu verkaufen. Es gelang aber nur wenigen mit Erfolg. Sie wurden meist von ihren lieben Nachbarn aus Rachsucht, Neid oder Schadenfreude der Militärpolizei der Kommandantur denunziert.

Reinhold täglich wurden Bürger und Bürgerinnen wegen verbotenen Taubenbesitzes zu zwei oder drei Jahren Gefängnis verurteilt. Manchmal wurden beide Ehegatten zusammen wegen dieses „Verbrechens“ auf zwei oder drei Jahre nach Deutschland ins Gefängnis geschickt, wie z. B. im Fall des Ehepaars Deman, den der folgende öffentliche Aufschlag erschiet:

**Bekanntmachung.**

Durch Urteil des Feldgerichts der mobilen Etappen-Kommandantur 237/VIII der vierten Armee vom 26. August 1916 ist der Petrus Deman, Gärtner in Gent, und dessen Ehefrau Rosalie Deman, geborene Weisemann, in Gent, wegen verbotenen Taubenbesitzes zu je zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Gent, den 26. August 1916.

Der Gerichtsherr:  
von Fied, Oberlieutenant und Etappen-Kommandant.

Die Gemeinde mußte sich dann der Kinder dieser Unglücklichen annehmen.

Man machte aber trotz alledem Ausnahmen, indem man auf die Zurückgabe der deutschen Etappen- und Ortskommandanten besonders wertvolle Brieftauben in militärische Obhut nahm und von ihren Eigentümern ermahnen ließ.

In Gent wurden fünfzehn solcher Brieftauben in einem Ge-

bäude am Dock untergebracht, das unter der schärfsten militärischen Bewachung stand.

Diese verursachte aber viel Mühe, und eines Tages entstand auf „unaufgeklärte Weise“ ein Brand, bei dem alle Brieftauben, die in dem Bau interniert waren, ums Leben kamen.

So streng aber diese Maßnahmen gegen die belgischen Brieftauben und ihre Besitzer waren, so wenig konnte ihre Verwertung im militärischen Interesse abgeleugnet werden. Von Ostende nach Kienport und umgekehrt herrschte während des ganzen Krieges ein reger Brieftaubenverkehr, der trotz aller strengen Maßnahmen nie unterbrochen werden konnte.

Auch von der schönen Stadt Kortrijk aus wurden immer wieder Brieftauben ins feindliche Lager entsandt.

Eine wurde eines Tages abgeschossen, und aus der Tinte, mit der die Nachricht geschrieben worden war, die dem Gegner zugute gekommen wäre, zog man den Beweis für ihren Absender.

Dr. Kaelich aus Berlin, der der Chemischen Untersuchungsstelle des Stappennetzes angehörte, stellte durch eine Analyse einwandfrei fest, daß die Tinte des verdächtigen Brieftaubenbesitzers dieselbe war, mit der die Nachricht auf das Zettelfchen geschrieben wurde, das die abgeschossene Brieftaube an einem Ringe bei sich trug.

Der unglückliche Mann machte vergebens geltend, daß auch noch andere Leute dieselbe Art von Tinte zum Schreiben benutzten würden. Er wurde erbumunglos an die Wand der Kortrijker Kletterkaserne gesteckt und erschossen.

Ein Feldweibel der Brieftaubenabteilung Gent, namens Wilms von Eupen, der es dank seiner Kriegerbeile und seinem vor nichts zurückschreckenden Ehrgeiz in ganz kurzer Zeit vom einfachen Manne bis zum „Epieß“ und zum Eisernen Kreuz II. Klasse brachte, suchte das Eisenerz erfter dadurch zu erreichen, daß er an gab, er hätte eine nicht internierte Brieftaube abgeschossen und bei dieser eine Nachricht gefunden, die für das feindliche Lager bestimmt gewesen sei.

Als Beweis seiner „Selbentat“ lieferte er einen englischen Brieftaubenring und ein beschriebenes Zettelfchen ab, das tatsächlich Nachrichten enthielt, die für die Feinde von Nutzen gewesen wären.

(Fortsetzung folgt.)

Benachrichtigung: Für den politischen Teil Herin Deman, für „Betrieb und Betrieb“ und „Wittenberg“ Bilden Almond für „Verlag“ „Drill“ und die übrigen Kollegen Alton Thoma, sämtlich in Berlin. — Für den oben stehenden Teil Herin Deman, Bilden Almond. — Für den unteren Teil Herin Deman, Bilden Almond. — Für den unteren Teil Herin Deman, Bilden Almond.



# Faschisten überfallen den kommunistisch. Landtagsabgeordneten Genossen Tuntel

Verpöhtet wird uns mitgeteilt:  
Am 11. Oktober hatte der Genosse Landtagsabgeordneter Tuntel sein Fahrrad in der 10. Stunde beim Gastwirt Stübe in Krappitz an der Oder eingestellt. Um 23 Uhr holte er dieses ab. Eine Anzahl Faschisten war im Lokal, die auf dem Gramophon ein nationalistisches Stück spielen ließen. Den Schmied Wille aus Krappitz bekamen sie gegen den Genossen Tuntel, um ihn zu provozieren. Schließlich stürzten sich mehrere auf ihn und schlugen mit Fäusten wie wild gewordene Bestien auf ihn ein. Unter dem Gebrüll „Totschlagen den Schweinekomunisten“ und „Erschießen in der Ode den Hund“ öffnete ein Faschist die Schenke, nahm das Abendbrot des Genossen Tuntel vom Teller und warf es auf die Straße. Das Fahrrad zurücklassend, mußte Genosse Tuntel das Lokal verlassen. Die beiden Gastwirtsöhne hatten Tuntel

Schutz angeboten, allerdings war die Uebermacht zu groß. Mit der Polizei holte Genosse Tuntel sein Fahrrad ab, wobei die Faschisten noch einmal ihre Nordluft entfachten und ihn blutig schlugen, so daß er sich zum Arzt begeben mußte. Einer, der sich in besonders schweiniischer Weise gegen Tuntel benommen hat, ist der Kaufmann R. Drabe. Die Frechheit der Krappitzer Faschisten steigt immer mehr, und Genosse Tuntel wird schon seit längerer Zeit verfolgt. In Krappitz hat die Gemein im ober-schlesischen Luftstand eine große Rolle gespielt und ist noch nicht eingeschlafen. Bei diesem Ueberfall interessiert uns, was die Staatsanwalt unternehmen wird.

Das letzte Wort in dieser Angelegenheit sprechen die Krappitzer Arbeiter, die in größter Empörung den Faschisten Vergeltung geschworen haben.

## Steigender Abfall in der west-schlesischen Holzindustrie

Die Bilanz von 9 Monaten im Jahre 1928

Der Handelsrichterstatler der „Breslauer Zeitung“ schreibt: „Während die deutsch-ober-schlesische Holzindustrie im Jahre 1927 bei ihrer Hauptproduktion einen Rückgang um 15,3 v. H. zu verzeichnen hatte, läßt das Ergebnis der ersten neun Monate dieses Jahres wieder eine Aufwärtsbewegung erkennen. Im Monatsdurchschnitt ergibt sich bisher gegenüber 1927 (alles in 1000 Tsp.) bei der Gesamtzeugung eine Steigerung um 22, beim Gesamt- abfall um 11,8, und beim Export um 1,2. Die wichtigsten statistischen Biffern sind in nachfolgender Tabelle zusammengestellt:

Produktion:	Abfall:			Export	Bestand
	insges.	an die Hütten	an die Export		
Januar	124,0	154,7	33,9	13,8	50,3
Februar	116,2	119,3	33,1	16,0	46,0
März	119,6	119,0	35,6	18,1	45,7
April	106,5	85,8	34,0	5,5	68,1
Mai	112,5	100,8	35,1	9,7	78,8
Juni	110,0	117,7	29,7	13,2	70,1
Juli	115,7	116,0	34,4	10,9	69,7
August	117,1	105,6	28,6	20,5	80,6
September	114,3	122,7	28,9	18,1	71,0
Insgesamt	1037,9	1021,1	285,3	119,8	—
Jahresproduktion 1927:	1238,9	1222,0	447,7	115,7	—

Die Holzzeugung wird im Revier in der Hauptsache von der Holzwerke und Chemische Fabriken A. G., daneben von der Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A. G., der Vorkriegs-Werk A. G. und der Preussag betrieben. Es sind insgesamt 31 Hütten mit 1345 Ofenlammern vorhanden, die sämtlich für die Gewinnung von Nebenprodukten eingerichtet sind. Frühere Betriebserweiterung hatten im vorigen Jahre die Gleiwitzer Gruben und die Holzerei in Skalet zu verzeichnen. Der Geldwert der Produktion belief sich 1927 auf 31,8 Millionen Mark, wovon 19,1 Millionen auf die reine Holzzeugung, der Rest auf die Nebenproduktion entfielen. Unausgenutzt bleibt zum großen Teil die bei der Erzeugung abfallende Menge von Holz-sengas, die im Jahre 1927 die Höhe von 267,1 Millionen Kubimeter erreichte. Lediglich die Holzwerke haben bisher das Ferngas-projekt in Bearbeitung genommen, indem sie von ihrer Gleiwitzer Grube nach ihrer „alsanalt“ Stalch eine Ferngasleitung legten, wobei zunächst die Abgabe größerer Gasmengen für die Zweck der Leuchtgasproduktion erfolgt. Gleichzeitig werden bestimmte Gasmengen

für den Betrieb des Bergbau-gaswerkes der Städte Hindenburg und Beuthen abgegeben.

In letzter Zeit hat die polnische Regierung Einfuhr- genehmigungen für deutsch-ober-schlesischen Holz für die ost-schlesischen Hütten, die teilweise unter Holzmangel zu leiden haben, erteilt. Auch fand ein größerer Export nach anderen südöstlichen Staaten statt.“

Diese Statistik des Breslauer Handelsblattes zeigt, wie die west- ober-schlesischen Unternehmer ihre Betriebe auf Kosten der Profitarbeiter rationalisiert und Produktion und Absatz gesteigert und ihre Gewinne erhöht haben.

Sie beweist ferner, wie lägenhaft das Geschrei der Unternehmer- presse — besonders der „Deutschen Bergwerkszeitung“ — ist, die dauernd behauptet, daß Lohnerhöhungen für den Bergbau nicht tragbar wären.

## Geldsprachen der Abonnentenversicherungs- zeitschriften

Wie bereits wiederholt in dieser Zeitung berichtet wurde, ist das Ausschicken von Bestellungen auf Druckschriften, Bildwerke usw., mit deren Bezug Prämien verbunden sind, verboten. (Vergleiche § 58, Absatz 12, der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich.) Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch § 131 sind Rechtsgeschäfte, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen, rechtsungültig.

Aus dieser gesetzlichen Lage ergibt sich, daß Abonnentenver- sicherungen nur dann die Versicherungsprämien beziehungsweise das Abonnementgeld einlagern oder die Abnahme der Zeitschrift für die Zeit des Versicherungsvertrages verlangen oder mit Aussicht auf Erfolg einlagern können, wenn der versicherte Abonnent die Zeitschrift in der Buchhandlung selbst bestellt hat, nicht aber, wenn Reisende den Abonnenten gemachen, indem sie ihn zu Hause oder im Betriebe oder an sonstigen Orten aufgesucht und zur Unterchrift des Versicherungsscheines bewogen haben.

Besonders die Vergleute werden von Versicherungsbeamten solcher Zeitschriften überlaufen. Dabei benehmen sich diese „Reisenden“ oft derart, daß die Werbung mehr eine Erpressung darstellt. Besonders wissen die Herren das verlogene Zeug über die Gewerkschaften und Genossenschaften, besonders auch über die Volksfürsorge, vorzutragen und bringen es dadurch vielfach fertig, Arbeiter von diesen Organisationen fernzuhalten oder zum Austritt zu veranlassen.

Neuerdings fliegen vielen Bergarbeiterfamilien Zahlungsaufforderungen eines Rechtsanwalts ins Haus. Der Herr droht in einer ausführlichen Begründung mit Gerichtsklage, wenn die Adressaten nicht das Abonnement aufrechterhalten und verlangt gleich die Gelder

für 25 Hefte — das ist eine Jahreslieferung — sofort bezahlt. In anderen Fällen begnügt er sich mit dem Betrage, der den noch nicht geleisteten Heften des Versicherungsjahres entspricht, zuzüglich Mahn- gebühren und Klageandrohung für den Fall, daß nicht in einer Woche gezahlt würde.

Der Rechtsanwalt betreibt sein Gewerbe wie jeder andere. Aufträge, die ihm erteilt werden, führt er aus. Er braucht nicht zu prüfen, ob der Versicherungsvertrag, auf den er sich beruft, auf gesetzlicher Grundlage abgeschlossen worden ist oder nicht. Es gibt allerdings viele Anwälte, die grundsätzlich Klageanträge von Abonnenten- versicherungszeitschriften nicht annehmen, weil sie wissen, daß 20 Prozent dieser Verträge auf ungesetzlicher Basis zustande gekommen sind.

Es sei noch bemerkt, daß in diesen Tagen das Amtsgericht Duisburg die Klage eines Abonnentenzeitschriften-Buchhändlers abgewiesen hat, weil der Versicherungsvertrag geschwindig zustande gekommen sei. Noch besser ist es, wenn die Vergleute und ihre Frauen, wenn sie von solchen Agenten belästigt werden, die Polizei anrufen. Sie werden dann erleben, daß die Herren noch schneller verschwinden, wie sie gekommen sind.

## Gleiwitz

Achtung, Metallarbeiter! Sonntag, den 21. Oktober, 10 Uhr, im Hundehaus, Saal der Technik, Gleiwitz, Wilhelmplatz 9, nicht Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Bericht des Jahres- und Kassenerichts; 2. Die Unterstützungsvereinigungen im DMB; 3. Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Auch die in der Landw. schaf. tätigen Personen sind schul- pflichtig. Der städtische Professions schreibt: Es ist eine irrige Ansicht, wenn die Landwirte glauben, daß die in der Landwirtschaft beschäf- tigten Jugendlichen nicht verpflichtet seien, die Berufsschulen zu besuchen. Die Schulbehörde der Stadt Gleiwitz möchte daher darauf aufmerksam, daß auf Grund der Ordinalungen für die Berufsschulen der Stadt Gleiwitz die Jugendlichen bei derlei Schulbesuch, die nur in der Landwirtschaft tätig sind, verpflichtet sind, die im Winterhalbjahr für dieselben errichteten besonderen Klassen zu besuchen. Die hierfür in Frage kommenden Schulpflichtigen, die nur in der Landwirtschaft tätig sind, haben sich in der Woche vom 22. bis 26. Oktober von 17 bis 19 Uhr im Büro der hiesigen gewerblichen Berufsschule, Schröter- straße 10, zu melden.

## Beuthen

Der Silberdiebstahl in — Paris aufgeklärt. Aus Paris wurde der Beuthener Kriminalpolizei gemeldet, daß zwei internationale Einbrecher im Wäldchen verhaftet wurden. Man fand bei ihnen große Mengen Gold- und Silberwaren im Werte von über 40000 Mark, die aus einem Einbruch in Beuthen stammen sollen. So dürfte der Einbruch bei Jacobowitz seine Aufklärung gefunden haben.

## Ratibor

Ein tödlicher Autounfall. Am Sonntag, nachts, fuhr ein Rati- borer Mercedes infolge Versagens der Beleuchtung bei Suboll gegen einen Baum. Der Kaufmann Emil Plutschke aus Ratibor erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er bei seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Das Auto wurde vollständig zertrümmert.

## Leobschütz

Todessturz. Der Zimmermann Josef Kopp aus Boppau und der Steinbruchbesitzer Hans Berger von hier stießen nachts auf ihren Rädern zusammen. Kopp brach das Genick und verstarb. Berger wurde in bewußtlosem Zustand in seine Wohnung ge- bracht.

## Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen  
Oppeln, SPD. Donnerstag, 18. Oktober, 20 Uhr Zellerversammlung im Schützenhaus.

## Ortsgruppen

bestellt sofort die Wochenausgabe

## 17. SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER, erzählt weiter:



Auf Umwegen gelangten wir in das Haus des Obertabakmeisters Ibasid, der in schwere Ungnade gefallen war, da seine Cigarettenmischungen der königlichen Majestät Nabopollassar nicht mehr mundeten. Ich war sehr erstaunt, welche edle und kostbare Tabake ich im Hause Ibasids vorfand und ohne Verweilen machte ich mich an die Arbeit.

Der Alte und seine liebevollende Tochter Aida waren voll des höchsten Staunens, als ich nun auf neue, ungekannte Art die Tabake untereinander mischte, und bald hatte ich eine Cigarette von wundervollem Aroma fertiggestellt.

Der Alte umarmte mich vor Freude und begab sich sofort nach dem Palaste, um seinem König die herrlichste Gabe Allahs zu überbringen, die Cigaretten- mischung



**SALEM**  
AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich



Sagan

Ernst Ramtke Schuhwaren Replerstr. 55
Arthur Bürger Gemüße, Kolonial- und Tabakwaren
A. Scupin, Replerstraße 10
Schokoladenhaus
Wäsche - Bettledern
Gustav Lehmann, Sorauer Straße 15
Em. Meinhof, Sorauer Straße 24
Herr. Bentert, Ludwigplatz Nr. 21
Otto Schulz Sorauer Straße 29
THIELE & KALBITZ
Zur goldenen 34
A. GANTZ
Damenputz
F. WINKLER
Restaurant „Zur Weintraube“

Brot, Weiß- und Feinbäcker
Adolf Solle :: Goldschmied
MAX APELT / Zigarrenhaus
S. & A. Cronh
Herr. Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 1
ELSE HOFFMANN
Die Saganer Central-Molkerei
Lautwal-Florian
Fahrräder Nähmaschinen
ROBERT RICHTER
Brand & Klaus
A. Michaels, Ring 33 Wäschehaus

Trinkt ein helmisches Bier der Brauerei Bergschlößchen A.-G.

Haynau

Marie Winter, Friedrichstraße 12
Theodor Bring :: Ring 30
Mag Grindel, Stodstraße 8
Otto Diezorel
Gehr. Jammer, Diezinger Straße 34
MAX SCHREIBER
Hermann Stiller

Hirschberg

Fahrräder - Motorräder
Otto Scholz, Fleisch- u. Wurstwaren
F. Bruchmann, Greiffenberger Str. 11
Fleischerei und Wurstfabrik
Kaufhaus
OTTO SPÜTH & SOHN
Herrmann Hirschfeld
D. L. Pariser's Wwe.

Goldberg

Herrn- und Knabenbekleidung
Paul Förster
Herr. Richter, Friseurgeschäft
Reserviert 100
ZIGARENHAUS
Kugl. Rabas :: Niederstr. 5
Spezial - Hut - Haus

Hirschberg-Connorsdorf

Erich Schröter
A. STROKOSCH / MARKT
Graf Wolf :: Mühlgrabenstraße 23
Mag. Schmidt / / Spezialhaus für Herren-, Jünglings- u. Knabenbekleidung
Hirschberg-Connorsdorf

Bunzlau

H. Schumann, Sandberger Str. 52
E. Schömann :: Nikolaistraße 9
Fahrradhaus Hoffmann

Neusalz

M. Zuckermann, Markt 2
Herrn-, Knaben- und Berufsbeleidung

Grünberg

P. Franke
Möbel- und Bautischlerei
P. Koball, Niederstr. 57
H. Bothe - Protmart 6
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Fritz Gutsche / Breite Straße 73
Brot- und Feinbäcker
Korbmöbel - Korbwaren
Uhren und Goldwaren
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Spirituoson kauft in der Probierstube
Brot- und Feinbäcker
Otto Ringel, Niederstraße 54
Misch-, Butter- u. Käsegeschäft
Jungbier zum Selbstfüllen

G. Gebhardt, Ring 9
Automobil-Fahrschule
Köstritzer Schwarzbier
Paul Mohr, Niederstraße 10 a
Garbinnenhaus A. Sanber
Kaufhaus Bornstein
Rittelmann & Riebel
Eisenditore B. Gläner
Kunella Gold
Kunella-Bons
W. Grau
Biergroßhandlung Vinzenz Jänsch

Gotthold Gabler, Glaserstr. 5
Billigste Bezugsquelle von Lebensmittel
Fleisch- und Wurstwaren
Trinkt die wohlbelmischten
Grünberger Bergschloß-Biere
August Gürnth
Karl V. Kers
Möbel
Joseph Franz jr., Raubengang
Damenkonfektion
Aussteuerwaren
Kleiderstoffe

Neusalz

Paul Walter, Berliner Straße 35
A. Stephan :: Freystraße 15
Arbeiterbekleidung
Friebe & Grote
Lebrecht Hilgner
Möbeltischlerei - Sargmagazin
Billigste Bezugsquelle für Herren und Knaben
E. Kreidel, Friedrichstraße 40
EMIL WIESNER
ALBERT LUNKE

Max Jordan

Friedrichstraße 30
Herren- und Damen-Konfektion
MAH-ANfertigung - Berufskleidung
HEINRICH HEIZNEL
Kleiner Gasse 6
Adolf Lehmann
Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren und Spirituoson
Mag. Süßenbach, Berliner Straße 10
Paul Wille, Berliner Straße 37
A. Gentschel :: Markt

Sprotau

Berlinerstraße „Zur Altenmischen“
Breslauer Konfektionshaus
FAHRRADHAUS
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Billig und gut
Adolf Schindler, Markt 36
Glogau

Liegnitz

Brot, Weiß- und Feinbäcker
Eugen Rier, Mühlstraße 36
Berliner Fahrradhaus
Fahrräder, Sprengmaschinen, Schneemaschinen
Mag. Kühn :: Schloßstraße 20
G. Hansen Nachfolger
Emma Wähle :: Wilhelmstraße 13
Paul Groß :: Breslauer Str. 1

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14

Schuhwaren, Haus- u. Küchen-Geräte, Arbeiter - Bekleidung
Wir sind bekannt billig
Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung
Konfektionshaus Bogorski
Gustav Blämel, Breslauer Straße 88
Uhren und Goldwaren
Willy Roth, Breslauer Straße 33
CARL KRÜGER
Max Süßmann
Fahrräder / Nähmaschinen

Adolf Schindler, Markt 36

Birkenwaren aller Art
Zigarren :: Zigaretten :: Tabak
Friseur W. Welzel
Motor- und Fahrrad :: Nähmaschinen
Brot- und Feinbäcker
Miska-Fahrräder - Nähmaschinen
Preiswerte Tabakwaren
Liegnitz
Max Futter, Ring 9/10



# Vor der Entscheidung in Waldenburg

## Die Arbeiter für Streikfortsetzung, auch bei Verbindlichkeitserklärung — Gewerkschaftsführer bremsen

Im Laufe des gestrigen Tages hat die Lage im Waldenburger Streikgebiet eine weitere Verschärfung erfahren. Die Erbitterung der Bergarbeiter ist am Siedepunkt angelangt. Immer deutlicher wird es, daß sie nicht gegen eine, sondern gegen zwei Fronten zu kämpfen haben. Ihr ärgster Feind sind die Unternehmer, die selbst den Hungerschiedspruch ablehnen und erklären, daß im Falle seiner Verbindlichkeitserklärung

### Jämliche Werte klugelegt

werden. Die Gewerkschaftsangehörigen, die an dem Zustandekommen des Hungerschiedspruches im Reichsarbeitsministerium eifrig mitgewirkt haben, schiden sich an, ihn den erbitterten Bergarbeitern schmachhaft zu machen. Gleichgültig schreien auch sie, daß die Waldenburger Unternehmer ohne Profite (!) arbeiten. Die „Bergwacht“ hat am Dienstag u. a. eine Zuschrift veröffentlicht, in der sie mit verdächtigem Eifer bemüht ist, den Nachweis zu führen, als hätten die Waldenburger Grubenbesitzer bisher keinerlei Tarifermäßigungen erhalten. (Den Wortlaut dieses Artikels werden wir in den nächsten Tagen veröffentlichen.) Somit erweisen sich die reformistisch-sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer (und natürlich auch die christlichen) als die treuen Verbündeten der Kapitalisten zur Niederkämpfung der Arbeiterklasse.

Der uns im Laufe des gestrigen Nachmittags übermittelte genaue Wortlaut des Schiedspruches zeigt, daß er noch schlechter ist, als wir gestern angenommen haben. Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit sollen die Löhne im Waldenburger Revier betragen:

Hauerdurchschnittslohn	6,90 Mark
Zimmerhauerlohn	5,85 Mark
Handwerkerlohn	5,75 Mark

Die bisherigen Löhne dieser drei Gruppen waren 6,60, 5,60 und 5,50 Mark. So waren sie im Tarif vorgeschrieben. Die wirklich verdienten Löhne überstiegen diese Tariflöhne. So betrug der Durchschnittshauerlohn im Monat Juni 6,78 Mk. (Angaben der „Bergarbeiter-Zeitung“). In einem der späteren Monate soll der Hauerdurchschnittslohn sogar 6,99 Mark betragen haben. Der Zimmerhauerlohn beträgt z. B. auf dem Juliuschacht 6,20 Mark und im Revierdurchschnitt 5,95 Mark. Nehmlich steht es mit den Handwerkerlöhnen. Aus den angeführten Zahlen geht hervor, daß der in dem Ministerium des Sozialdemokraten Wisseil gefällte Schiedspruch keinerlei Lohnerhöhung

bringt. Ja, wenn die Unternehmer sich genau an den Wortlaut des Schiedspruches halten, so sind sie sogar auf Grund des Schiedspruches tariflich berechtigt, einen

### Lohnabbau

vorzunehmen. Allein diese Feststellung genügt, um zu zeigen, daß ein Kampfabbruch auf der Grundlage des vorliegenden Spruches einen Selbstmord für die Arbeiter bedeuten würde. Das wissen die Arbeiter. Ueber ihre Zustimmung gibt der Verlauf der Streikversammlungen herberden Ausschluß. In Weichstein sprach in der Versammlung der Referent des Hauptvorstandes vom Bergarbeiterverband, Kollege Braack. Als er die Theorie entwickelte, daß im Falle einer Verbindlichkeitserklärung die Arbeiter in die Betriebe zurückkehren müssen, da erhob sich ein ungeheurer Entrüstungsturm. In der darauf folgenden Diskussion sagte ein 20 Jahre im Bergarbeiter-Verband organisierter Kollege etwa folgendes:

„Ihr, die Führer, habt das Schlichtungsgezet geschaffen. Ihr seht für alles verantwortlich. Endet unser Streik ohne Erfolg, so sucht eure Mitglieder. Ich werde als erster mein Verbandsbuch zerreißen.“ Ein weiterer Diskussionsredner, ein Sozialdemokrat, sagte:

„Wenn der Streik nach einer Verbindlichkeitserklärung nicht möglich ist, dann schlage ich vor, geschlossen in die Betriebe zu gehen und die Papiere zu verlangen.“

In einer Streikversammlung in Nieder-Hermsdorf schlug ein parteiloser Arbeiter vor, sofort alle Notstandsarbeiten einzustellen, und wenn es nicht anders geht, die

### Gruben ersaufen zu lassen.

Auch seine Worte wurden mit stürmischem Beifall der überfüllten Versammlung begrüßt.

Die angeführten Beispiele genügen, um zu zeigen, daß die Arbeiter mit dem Hungerschiedspruch keinesfalls in die Betriebe zurückkehren wollen, auch dann nicht, wenn er für verbindlich erklärt werden sollte.

Nach uns zugehenden Mitteilungen plant die aus Angestellten zusammengesetzte Zentralstreikleitung eine Ueberrumpelung der Streikenden. Das geht schon aus dem Umstand hervor, daß zwei gestern in Nieder-Hermsdorf und Altwasser angelegte Streikversammlungen von der Zentralstreikleitung im letzten Moment abgefragt wurden, angeblich, weil keine Referenten vorhanden waren. Auch der Umstand, daß die „Bergwacht“, das Sprachrohr der Zentralstreikleitung, krampfhaft bemüht ist, die einigermaßen guten Seiten des Schiedspruches hervorzuholen, im übrigen aber kein einziges aufmerksames Wort an die Streikenden richtet, ist mehr als verdächtig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die heute um 10 Uhr früh im „Beyer“ zusammen tretende Revierkonferenz sich bereits mit der vorliegenden Verbindlichkeitserklärung zu beschäftigen hat.

Wir wiederholen heute, was wir schon einmal im Interesse der Streikenden gesagt haben: Sie dürfen keinesfalls zulassen, daß die Entscheidung über einen eventuellen Streikabbruch von der Zentralstreikleitung allein gefällt wird. Diese Entscheidung können nur die Arbeiter selbst fällen. Allen örtlichen Streikleitungen muß sofort die Frage vorgelegt werden, ob sie bereit sind, den Streik auch im Falle der Verbindlichkeitserklärung weiter zu leiten. Wird diese Frage von einer Streikleitung verneint, so muß sie sofort abgelehnt und aus lampfentschlossenen Kollegen neu zusammengesetzt werden. Die jetzige Zentralstreikleitung muß durch eine neue, aus Betriebsarbeitern zusammengesetzte ersetzt werden. Diesen organisatorischen Maßnahmen zur Sicherung des Kampferfolges müssen Beschlüsse in allen Streikversammlungen vorangehen, den Streik auch im Falle einer Verbindlichkeitserklärung bis zum Siege fortzusetzen.

### Die Waldenburger Bergarbeiter

Die bitterste Not hat gezwungen, geschlossen wie ein Mann die Arbeit niederzulegen. Sollen sie jetzt nach zwei Wochen Streik unter dem Hohngelächter der Kapitalisten zu Kreuze kriechen und den Kampf, ohne einen Erfolg errungen zu haben, für beendet erklären? Sollen sie ihre Familie dem langamen Hungertode preisgeben? Sollen sie für fünf Vierteljahre auf jede Lohnerhöhung verzichten? Nein, das dürfen sie nicht. Sie sind sich selbst und ihren Kindern verpflichtet, alles daranzusetzen, um den Kampf erfolgreich abzuschließen.

# „Brawda“ zum G.R.N.D.-Beschluss

Moskau, Oktober.

Die „Brawda“ bringt unter dem Titel „Eine ernsthafte Warnung“ folgenden Leitartikel über den Beschluß des Präsidiums des G.R.N.D. zu den jüngsten Ereignissen in der K.P.D. in Verbindung mit der Angelegenheit Wittorf.

„Es erübrigt sich, den praktischen Teil dieser Angelegenheit, die eine ernsthafte Krise in der Leitung der K.P.D. herbeigeführt und ihr erhebliche politische Schwierigkeiten geschaffen hat, eingehend darzulegen. Unsere Aufgabe gipfelt darin, zu diesen Ereignissen Stellung zu nehmen und aus ihnen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die Angelegenheit Wittorfs, ehemaligen Sekretärs der Hamburger Parteiorganisation, der der Partei gehörende Gelder veruntreut hat, wurde von der bürgerlichen und von der sozialdemokratischen Presse zu einer großen politischen Affäre aufgebauscht. Man bezweckte damit, das Ansehen der kommunistischen Partei und das Vertrauen der deutschen Arbeitermassen zur K.P.D. zu schwächen, um die kommunistische Partei und die kommunistische Internationale in ihrer Gesamtheit zu diskreditieren und jene politische Aktion zu unterbinden, die unsere deutsche kommunistische Partei in konsequentem und energischem Kampfe gegen die Einheitsfront aller politischen Parteien und Gruppen, von den Nationalisten bis zu den Sozialdemokraten, standhaft durchführt.“

Die wichtigste politische Aktion der letzten Zeit, die die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands vereint und sich immer mehr zu einer gewaltigen Massenaktion ausgestaltet hat, ist die Kampagne gegen den Panzerkreuzerbau. Diese Kampagne unter der Führung der kommunistischen Partei bereitet der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten große Sorgen. Sie hat breiten Arbeitermassen den wahren Wesens Kern der deutschen Sozialdemokratie als einer bürgerlichen Partei enthüllt. Die großartige Kampagne hat die deutsche Sozialdemokratie in große Not veretzt, und Verleumdungen und Beschimpfungen haben sich in einem breiten Strom über die kommunistische Partei ergossen!

Die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie suchen lediglich irgendeinen Anlaß, um die verhasste Kampagne zu unterbinden. Deshalb haben sie so eilig nach der Hamburger Angelegenheit gegriffen. Der ehemalige Sekretär der Hamburger Parteiorganisation, Wittorf, hat ein schmutziges Verbrechen begangen, für das ihn die kommunistische Partei und die kommunistische Internationale aus den Reihen der Partei ausgeschlossen haben. In dieser Beziehung ist es der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie trotz aller Bemühungen nicht gelungen, auch nur den Schatten eines Zweifels auf die Kommu-

nistische Partei zu werfen und die Tatsache des schmutzigen Verbrechens eines ehemaligen Parteifunktionärs dahin auszunutzen, daß das Vertrauen unter den Arbeitermassen zur K.P.D. geschwächt wird. Jedoch Genosse Thälmann, der Führer der kommunistischen Partei, hat einen ernsthaften Fehler begangen, indem er, als er von der Veruntreuung erfuhr, es unterließ, das Zentralkomitee sofort davon in Kenntnis zu setzen. Dazu bewog ihn der Wunsch, diese Angelegenheit zu einem Zeitpunkt und in einer Form zu erledigen, daß die Partei möglichst wenig Schaden nehme. Diesen ernsthaften Fehler des Genossen Thälmann stellt das Präsidium des G.R.N.D. in seinem Beschlusse fest. Diese Umstände haben die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie auszunutzen gesucht.

Es gilt nun, der innerparteilichen Lage, die sich in Verbindung mit der Hamburger Angelegenheit enthüllt hat, ernsthafte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dabei müssen wir die innerparteiliche Bedeutung dieser Ereignisse besonders hervorheben.

Es muß offen festgestellt werden, daß sich in der K.P.D. und in ihrem Z.P. Elemente gezeigt haben, die die Angelegenheit Wittorf zu engen Fraktionszwecken auszunutzen und sie in eine „Angelegenheit Thälmann“ verwandeln wollten. Die rechte Gruppierung und zum Teil auch verjöhnlerische Elemente waren sichtlich bemüht, die Hamburger Angelegenheit aufzubauschen, um Fraktionsmandover durchzuführen zu können. Der Sinn dieses Fraktionsmandovers wird deutlich aus den Reden einiger Redner und verjöhnlerisch eingestellter Elemente im Plenum des Z.P. der K.P.D. erhellt. So verlangte Genosse Hausen in seiner Rede eine radikale Aenderung der gegenwärtigen Parteileitung und ihrer politischen Linie, die Heranziehung rechter Führer zur Parteileitung usw. Ein gleicher Ton, freilich nicht in so offener, herzoglicher Form, war auch in der Rede des Genossen Gerhard, des bekannten Führers der sogenannten verjöhnlerischen Strömung, der einen Halbblock mit Genossen Hausen abgeschlossen hat, wahrzunehmen. Genosse Gerhard erklärte direkt, daß die entstandene Lage zur Liquidierung der gegenwärtigen Parteileitung mit Genossen Thälmann an der Spitze führt.

Diese Erklärungen enthüllten eindeutig die Fraktionsmandover der Rechten und der verjöhnlerischen Elemente der Partei. Es handelt sich im Grunde darum, daß die rechte Fraktion und ihre verjöhnlerisch eingestellten Genossen eine direkte Attade gegen die Beschlüsse des 6. Weltkongresses unternommen und sich zum Ziel gesetzt haben, diese Beschlüsse zu unterbinden und eine

Revision der gesamten politischen Linie der K.P.D. und des 6. Kongresses durchzuführen. Darin gipfelt die innerparteiliche Bedeutung der Ereignisse der letzten Tage.

Im Besitze ungenügender Informationen hat das Z.P. der K.P.D. unter dem Vorwand der Rechten und der verjöhnlerisch eingestellten Gruppen einen politischen Fehler begangen, der darin besteht, daß es, wie es in der Entscheidung des G.R.N.D. heißt, in der Presse eine Entscheidung veröffentlichen hat, die Genossen Thälmann in einer für die Partei schwierigen politischen Situation während einer breit angelegten Kampagne der kommunistischen Partei gegen die Panzerkreuzer-Sozialdemokratie verurteilt, ohne vorher zu versuchen, die Komintern und die aktiven Parteigenossen über diese Entscheidung zu unterrichten und schließlich, ohne die Stellung der Parteimassen zu einem berartigen Schritt in Betracht zu ziehen. Das Z.P. der K.P.D. hat die Lage nicht logisch übersehen und nicht vom ersten Augenblick an die Fraktionsmandover der Rechten und der verjöhnlerischen Elemente abgesehen.

Doch bereits nach einigen Tagen hat die Leitung der K.P.D. den begangenen Fehler gutgemacht. Es liegt eine Erklärung von 26 Mit-

## 50 Jahre seit Erlass des Sozialistengesetzes

sind am 21. Oktober d. J. verstrichen

Das Heldenzeitalter der Arbeiterbewegung, Bismarcks Säbelherrschaft und Spitzelwirtschaft, die illegale Arbeiterpresse usw. werden

## in Wort und Bild

## Wochenausgabe

behandelt werden. Zugleich wird die Verleumdung der Sozialdemokratie, die sich mit dreier Stüd als die Erbin der revolutionären Sozialdemokratie bezeichnet, gekennzeichnet werden. Jeder Genosse, jede Genossin muß diese Nummer

zur Werbung für Partei und Presse benutzen!

Darum bestellt noch heute die

## Wochenausgabe

gliedern des Z.P., Teilnehmern am Plenum des Z.P., vor, die am 6. Oktober in der „Roten Fahne“ zum Abdruck gelangte.

In dieser Erklärung suchen die Genossen, die die enorme Mehrheit der Partei vertreten, ihren Fehler gutzumachen und begründen eingehend die Zurücknahme ihrer früheren Beschlüsse. Ferner haben wir Beschlüsse von Bezirksleitungen und einer Reihe großer Parteiorganisationen, wie der von Hamburg, Essen, Düsseldorf, Dresden u. a., die den ursprünglichen Beschluß des Z.P. ablehnen und die politische Bedeutung dieser Angelegenheit als Fraktionsmandover der Rechten und ihrer verjöhnlerisch eingestellten Bundesgenossen ganz richtig bewerten.

Wir haben allen Anlaß anzunehmen, daß die jüngste Erklärung der Mehrheit des Z.P. (der 25 Mitglieder) der Stellung der Parteimassen, die zum Z.P. und zu Genossen Thälmann Vertrauen haben und die gegenwärtige politische Linie richtig und konsequent halten, in vollem Maße Rechnung trägt.

Die Komintern hat alle diese Tatsachen — Erklärung der Mehrheit des Z.P. der K.P.D., Stellungnahme der Parteifunktionäre und breiter Massen der Parteimitglieder — sorgfältig in Betracht gezogen und einen Beschluß gefaßt, der der K.P.D. unzweifelhaft helfen wird, die gegenwärtigen ernsthaften Schwierigkeiten zu überwinden. In ihrem Beschluß lenkt die Komintern die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, allseitige Maßnahmen gegen sämtliche Fraktionsgruppierungen in der Partei zu treffen und eine Verschärfung der innerparteilichen Beziehungen zu verhindern, um den Reihender K.P.D. volle bolschewistische Einheit zu sichern. Wir bezweifeln nicht, daß die gesamte deutsche Partei und die Arbeiterklasse diesen Beschluß des G.R.N.D. mit Genugtuung aufnehmen werden.

Die deutsche Bruderpartei muß aus dieser Angelegenheit die politischen Konsequenzen ziehen. Sie muß allen Fraktionselementen in der Partei Widerstand entgegensetzen. Sie muß die begangenen Fehler gutmachen und alle Kräfte der Partei den wichtigsten politischen Aufgaben des Augenblicks zuwenden. Sie muß die Kampagne gegen den Panzerkreuzerbau noch stärker entfalten, einen noch entschiedeneren Angriff gegen die Panzerkreuzer-Sozialdemokratie unternehmen und die werktätigen Massen mit noch größerer Entschiedenheit gegen den Krieg und gegen den Imperialismus mobilisieren

## Aus der Partei

### Zur ultralinken-Sozialdemokratischen Verleumdung des Genossen Schred

Einkimmiger Beschluß der Bezirksleitung Baden vom 9. Oktober

„Die B.L. Baden erklärt zu der gegen den Genossen Schred von den Ultralinken erhobenen und von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse verbreiteten Beschuldigung der Korruption:

Der Genosse Schred war an Unterschlagungen oder an der Vertuschung von Unterschlagungen in keiner Weise beteiligt.

Die Regelung innerparteilicher Differenzen jeder Art erfolgte stets im Einvernehmen mit der gesamten B.L.

Die B.L. betrachtet die Verleumdungskampagne gegen den Genossen Schred als einen Teil des verlogenen Kampfes der Feinde des Kommunismus gegen die K.P.D. und ruft alle Arbeiter auf, sich trotz aller Verleumdungsmandover fester um die K.P.D. zu halten.“



# Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R P D.

## Werkskonsumanstalten werden ausgebaut

Am April d. J. hat eine von Industriellen und Handelsvertretern in Rheinland und Westfalen eingesetzte Kommission Richtlinien für die Werkskonsumanstalten aufgestellt und erklärt, daß künftig keine neuen Werkskonsumanstalten „ohne Not“ errichtet werden sollen. Die reformistischen Genossenschaftsführer haben sich schon davon geträumt, daß nach dieser Erklärung die Industrieherrn darauf verzichten werden, auch mittels der Werkskonsumanstalten die Arbeiter an die kapitalistischen Betriebe zu fesseln und die Leistungsfähigkeit der Arbeiterkonsumvereine zu beeinträchtigen. Wie wenig Aussicht für diese Annahme besteht, beweist der Braunkohlenindustrie-Verein und das Verhalten einer Reihe anderer kapitalistischer Unternehmer.

In dem Jahresbericht des Braunkohlen-Industrie-Vereins wird eine Feststellung zur genossenschaftlichen Streikhilfe benützt, um zu zeigen, daß die Werkskonsumanstalten der Unternehmer noch stärker ausgebaut werden müssen. Der „Vorwärts“ vom 11. September veröffentlicht ein Rundschreiben des Braunkohlen-Industrie-Vereins, in dem berichtet wird, daß es notwendig sei, weitere Werkskonsumanstalten ins Leben zu rufen, die bestehenden Werkskonsumanstalten auszubauen und fester zu gestalten. Damit ist klar, daß die mitteldeutschen Werkskonsumanstalten ihren Kampf gegen die Arbeiterkonsumvereine verschärfen.

Am 8. September wurde in Berlin die ostpreussische Fleischwaren-L.G. mit einem Aktienkapital von 3,6 Millionen Mark gegründet. Neben einigen landwirtschaftlichen Institutionen ist die Kohlen- und Eisenindustrie, J. G. Farben-Industrie, das Kalligandil, Siemens u. Halste, die W.G., die rheinische W.G. für Braunkohlenindustrie, der ober-schlesische Berg- und Hüttenwärsche Verein an dieser Gründung beteiligt. Fünf Millionen Mark sind auch zur Finanzierung der Fleischwarenfabrik in Königsberg und einer weiteren Fabrik in Schleswig aus den 20 Millionen des landwirtschaftlichen Notprogramms zur Verfügung gestellt. Es fragt sich, weshalb die Industrie ein solch hartes Interesse an dieser Gründung hat. Neben der Monopolisierung des Fleischabfahes und weiteren Preissteigerungen ist zweifellos ein stärkerer Ausbau der Werkskonsumanstalten mit Unterstützung der ostpreussischen Fleischwaren-L.G. beabsichtigt. In dem Absatzprogramm ist u. a. vorgelesen, daß Lieferungsverträge mit den Werkskonsumanstalten abzuschließen sind. Die Groß-

industriellen werden also auch als Abnehmer für die Mangelgeschäften auftreten und die Werkskonsumanstalten verstärkt ausbauen.

Die reformistischen Genossenschaftsführer weisen die Konsumvereine darauf hin, rechtzeitig Abwehrmaßnahmen gegen die Werkskonsumanstalten zu ergreifen. Der Kampf gegen die Werkskonsumanstalten wird ausschließlich als ein geschäftlicher Konkurrenzkampf der Konsumvereine betrachtet. Die Konsumvereine werden aufgefordert, ihre Verteilungseinrichtungen auszubauen, um „sowohl in bezug auf Preise als auch auf Qualität auch der neuesten Konkurrenz — der Werkskonsumanstalt — begegnen zu können“. Natürlich müssen die Arbeiterkonsumvereine auch auf dem Gebiet der Wurst- und Fleischwaren weltmäßig leistungsfähig gemacht werden. Wenn die große Fleischwarenfabrik der W.G. in Oldenburg für einen gesteigerten Fleisch- und Wurstwarenverkauf der Konsumvereine nicht ausreicht, ist die Errichtung einer weiteren Fabrik erforderlich. Für diese neue Fabrik wie auch für den größtmöglichen Ausbau des Fleischverteilungsstellen-Netzes der Konsumvereine sind diesen staatliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Die genossenschaftlichen Zentralinstanzen haben es schon unterlassen, Mittel aus dem landwirtschaftlichen Notprogramm in Anspruch zu nehmen, obwohl ihnen diese zur Verfügung gestellt werden mußten.

Aber der Kampf gegen die Werkskonsumanstalten kann sich nicht auf geschäftliche Konkurrenzmaßnahmen beschränken. Der Arbeiterkampf müssen die Unterschiede zwischen den von den Unternehmern ausgehaltenen Werkskonsumanstalten und den Arbeiterkonsumvereinen vor Augen geführt werden. Gerade in den Arbeiterkämpfen zeigt sich die Rolle der Werkskonsumanstalten als Hilfsmittel für die Unternehmer, um deren Interessendurchsetzung zu unterstützen und die proletarischen Klasseninteressen preiszugeben. Durch die genossenschaftliche Solidarität wird in den Arbeiterkämpfen den Arbeitern die Rolle der Konsumvereine als proletarische Kampforganisationen vor Augen geführt, und damit erst wirkliche Voraussetzungen zu einem erfolgreicherem Kampf gegen die Werkskonsumanstalten geschaffen. Der Kampf gegen die Werkskonsumanstalten bedingt die Aufgabe der reformistischen Genossenschaftspolitik und die Umstellung der Arbeiterkonsumvereine zu proletarischen Klassenkampforganisationen.

## Erfolgreiche Streiks — bei genossenschaftlicher Solidarität

Die Notwendigkeit der Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Konsumvereine wird seit Jahren von den reformistischen Genossenschaftsführern geleugnet. Es ist wegen der Propagierung und Durchführung der genossenschaftlichen Solidarität zu scharfen Kämpfen zwischen den reformistischen Führern und der Opposition gekommen. Bereits seit 1924 existiert ein Ausschluß der reformistischen Zentralinstanzen in Hamburg, nach dem jeder aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden soll, der die Unterstützung der Arbeiterkämpfe fordert. Bei dem gegen den Konsumverein Schwarzenberg eingeleiteten Ausschlußverfahren spielte seine Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks eines der Hauptverbrechen. Jetzt hat der Braunkohlen-Industrie-Verein in seinem Jahresbericht zum vorjährigen Streik folgende Feststellung gemacht:

„Der Braunkohlen-Industrie-Verein bemerkt dort, daß die Streikenden einen ganz unerwartet starken Rückhalt an den Konsumvereinen gehabt haben. Der erfolgreiche Ausgang eines Streiks hängt wesentlich von den Hilfsmitteln der Arbeiterkonsumvereine ab.“

Die mitteldeutschen Braunkohlenindustriellen haben also mit dieser Bemerkung den glänzenden proletarischen Wert der genossenschaftlichen Solidarität in Arbeiterkämpfen zugestanden. Selbstverständlich leiten aus dieser Feststellung die Industrieherrn die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Arbeiterkonsumvereine ab.

Der „Vorwärts“ vom 11. September, der diese Mitteilung des Braunkohlen-Industrie-Vereins veröffentlicht, meint, daß für die Arbeiter „ihre beste Stütze in den Tagen des Kampfes ihre eigenen Konsumvereine sind“. Die reformistischen Genossenschaftsführer werden sich gegen diese Auslegung des sozialdemokratischen Parteiorgans wehren, und auf solchen Scheinradikalismus verzichten. Sie wollen ja nicht, daß die Konsumvereine wertvolle proletarische Kampforgane sind, die auch in den Arbeiterkämpfen genossenschaftliche Solidarität üben. Deshalb leiten die reformistischen Genossenschaftsführer auch in einer Front mit den kapitalistischen Industrieherrn gegen die proletarischen Genossenschaftsmitglieder und kämpfenden Arbeiter. Das Zeugnis der Braunkohlenindustriellen muß auch dem letzten Genossenschaftsmitglied beweisen, wie notwendig die genossenschaftliche Solidarität ist.

In den verschiedensten Gegenden Deutschlands sind neue Lohn- und Arbeitszeitbewegungen in Vorbereitung. Schon bei dem Ausbruch dieser Kämpfe ist die Unterstützung der Konsumvereine proletarische Klassenpflicht. In den Gewerkschaften und Genossenschaften müssen die Mitglieder aufgeklärt und aufgerufen werden, um die Solidarität der Konsumvereine in den Arbeiterkämpfen zu erreichen.

## Schamloser Anschlag der Zuckerindustrie in der Tschechoslowakei

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Wirtschaftsgenossenschaften veröffentlicht in der „Konsumgenossenschaft“ Prag vom 15. September einen Protest gegen die in der jüngsten Zeit verfolgte Preispolitik der Zuckerindustrie. Die Erhöhung sei „ein schamloser Anschlag auf die Taschen der breiten Massen“... und verächtlichere die Lebenshaltung der Bevölkerung weiterhin. Der Regierung wird vorgeworfen, daß sie sich „vollkommen passiv verhalten“ hat.

In diesem Aufruf der sich radikal gebärdenden tschechoslowakischen reformistischen Genossenschaftsführer wird aber nicht gefagt, wie der Anschlag der Zuckerindustrie zunichte gemacht werden soll. Auch diese reformistischen Führer denken nicht daran, die proletarischen Genossenschaftsmitglieder zu mobilisieren und in Verbindung mit den übrigen proletarischen Klassenorganisationen den Kampf aufzunehmen.

Die Sprache dieses Protestes ist ein Ausdruck der Erregung der Genossenschaftsmitglieder, bei der auch die reformistischen Führer sich radikal gebärdet. Solche reformistischen Wandler unternehmen die deutschen Genossenschaftsinstanzen in Hamburg nicht. Preis-erhöhungen und die wachsende Leertüte sind für sie keine wichtigen Fragen, zu denen jeweils Stellung genommen wird. Nicht einmal in der Genossenschaftspresse wird eine umfassende Aufklärungsarbeit gegen die Preissteigerungen und den Wucher der kapitalistischen Monopolorganisationen geleistet. Nur bei statistischen Zusammenstellungen oder im Wirtschaftsteil der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ werden die geplanten oder durchgeführten Preissteigerungen kurz registriert.

## Regulierung der Getreidepreise — Mehlmwucher

Die in den letzten Monaten gesunkenen Getreidepreise werden in der aller nächsten Zeit wieder nach oben „reguliert“ werden. Der Sturm des Handelskapitals gegen die befristete „starke Sozialisierung“ des Getreidehandels und der Mühlenindustrie durch den von der Preußenkasse und der Rentenbankkreditanstalt übernommenen Scheuerkonzern hat sich gelegt. Es ist anzunehmen, daß zwischen den Kreisen des Getreidehandels und des Scheuerkonzerns eine Verständigung über die Verteilung des durch die breiten Massen aufzubringenden Tributs erfolgt ist. Die Großagrarier und die sonst beteiligten Seutegeier werden nicht wenig über die Hilfeleistung der SPD. bei der Hochrechnung der Brotpreise erfreut sein. Obwohl es den SPD-Führern nicht unbekannt ist, daß der agrarische Einfluß in der Preußenkasse nicht gering ist und die Rentenbankkreditanstalt vollständig von den Großagrarier beherrscht wird, haben sie die Übernahme des Scheuerkonzerns durch diese beiden öffentlichen Kreditinstitute freudig begrüßt. Alles, was nach „Der ökonomischen Weltanschauung“ aussieht, wird eben von den Panzerkreuzer-Sozialisten unterstützt. Dabei macht es ihnen gar keine Sorge, wenn sie dem Arbeitsmanne das Brot verteuern. Selbst nach dem Anspruch des Demokraten Vogel in der „Welt am Montag“ besteht ihre Aufgabe darin, der Arbeiterklasse ein teures Brot politisch schmackhaft zu machen.

In der sozialdemokratischen Presse wurde nach Übernahme des Scheuerkonzerns durch Preußenkasse und Rentenbankkreditanstalt die Beteiligung der GGG am Scheuerkonzern propagiert. Die Führer des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben aber zunächst abgelehnt, weil sie wahrscheinlich wenig Neigung haben, Aktien eines vorläufig noch etwas faulen Unternehmens zu dem von den beiden öffentlichen Institutionen gezahlten Preis zu übernehmen. Nun ist es aber den SPD-Führern gelungen, die Arbeiterbank in den Scheuerkonzern zu bringen. Wie verlautet, handelt es sich dabei nicht nur um die Übernahme eines Aktienpakets, sondern die Arbeiterbank soll in einiger Zeit bis zu 15 Millionen Mark dem Scheuerkonzern zur Betreibung des Brotwuchers zur Verfügung stellen. Die „Wirtschaftsdemokratie“ treibt wirklich herrliche Blüten. Es genügt den Panzerkreuzer-Sozialdemokraten nicht, den Brotwucher politisch zu unterstützen. Selbst die Gewerkschaftsbeiträge der Arbeiter werden zur Verfügung gestellt, um der breiten Masse das Brot zu verteuern. Für einige gut dotierte Aufsichtsratsposten unterstützt die reformistische Bürokratie den schamlosesten Brotwucher.

In den Konsumvereinen, wie auch in den Gewerkschaften muß gegen die Vertehrung des Brotes mit Unterstützung der sozialdemokratischen Führer und der Gelder der Arbeiterbank aufs schärfste protestiert werden. An diesem Beispiel muß den Arbeitern die Auswirkung der „Sozialisierung der Wirtschaft“ gezeigt werden. Besonders in den Genossenschaften ist die Kampfstellung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinzelhandelsvereine gegen den Scheuerkonzern und Maßnahmen gegen den zu erwartenden Preiswucher mit Brotgetreide zu fordern.

## Um die Herabsetzung der Brotpreise

Die Roggen- und Weizenpreise sind seit April d. J. um mehr als 20 Prozent gestiegen. Eine größere Anzahl Konsumvereine hat daraufhin von Anfang August die Brotpreise entsprechend erhöht. Es regten aber auch Konsumvereine, die ihre Brotpreise nicht ohne weiteres den Getreidepreisen anpassen. Es bedurfte hier und da

erst eines Vorstoßes der proletarischen Opposition und in einzelnen Fällen sogar einer öffentlichen Kritik an der Verwaltung des Konsumvereins. Besonders wenig Interesse zeigte die reformistische Verwaltung der Konsumgenossenschaft Berlin für die Verbilligung des Brotes. In einer Verwaltungssitzung am 24. August wurde von den Vertretern der Opposition die Herabsetzung des Brotpreises gefordert, worauf die Antwort erfolgte, daß darüber nicht gesprochen werden kann, weil die dazu nötigen Unterlagen fehlen. Erst als dann in der „Roten Fahne“ das Verhalten der Verwaltung des Konsumvereins scharf kritisiert wurde, wurde der Brotpreis durch eine zweimalige Erniedrigung um insgesamt 10 Prozent gesenkt.

Es ist für die Einstellung der reformistischen Verwaltung der Berliner Genossenschaft bezeichnend, daß es erst der öffentlichen Kritik bedurfte, um sie zur Herabsetzung des Brotpreises zu veranlassen. Dieses Beispiel zeigt, daß der Grundlag: Gute Ware zum billigsten Preise, in die Rumpellammer gekommen ist und daß die proletarische Opposition hinsichtlich der Warenpreise in den Konsumvereinen die Augen offenhalten muß. Die reformistischen Führer reden sehr viel von preisregulierender Tätigkeit der Konsumvereine, in der Praxis betreiben sie aber die Anklammerung an billiger Reserve, in der Hoffnung, auf diese Weise schneller den Kapitalismus zu überwinden. Eine solche Politik müssen die Arbeitermitglieder der Konsumvereine ablehnen und eine Preispolitik fordern, die ihren Interessen entspricht.

## Genossenschaftsantrag im Berliner Stadtparlament

Die Wirtschaftspartei hat in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, daß die Stadt Berlin keine Verträge mehr mit den Konsumgenossenschaften abschließen dürfe, wie das bereits in Lichtenberg und Treptow geschehen ist. Die kommunistische Fraktion hat daraufhin folgenden Antrag eingebracht:

1. Der Antrag Künker und Gen. wird abgelehnt.
  2. Den Magistrat zu ersuchen, sofort den Beitritt in die Konsumgenossenschaft zu beschließen.
  3. Die Befreiung der Konsumgenossenschaft von den Gemeinde-zulagen bei allen Steuern.
  4. Die Ausführung aller Sachleistungen der Gemeinde für bedürftige Einwohner durch die Konsumgenossenschaft vorzunehmen.
  5. Gewährung zinsloser Kredite für die Bereithaltung der von der Gemeinde regelmäßig bezogenen Waren, auf Antrag auch Gewährung von Krediten zur Erweiterung der Geschäftsbetriebe zum Ausbau der Produktionsbetriebe und zur Vergrößerung des Grundbesitzes.
  6. Ueberlassung von Gemeindegeländen an die Konsumgenossenschaft zur Errichtung von Genossenschaftshäusern, auch Ueberlassung von geeigneten Räumen in Gemeindegeländen für Betriebsbetriebe der Konsumgenossenschaft.
  7. Freie Ueberlassung der im Besitz der Gemeinde befindlichen Klatschbänke, Straßenbahnwagen, der Verwaltungs-, Schul- und sonstigen Räume für die genossenschaftliche Propaganda.
  8. In den Berufs- und Fachschulen wird eine Lehrstunde wöchentlich eingerichtet, in der gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Unterricht erteilt wird.
- Vor allen Genossenschaftsmitgliedern kann die Initiative der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion nur auf das wärmste

begrüßt werden. Die Arbeiterklasse muß auch den Kampf dafür führen, daß die Kommunen zur Unterstützung und Förderung der Arbeitergenossenschaften ausgemüht werden.

Schon bei der Einreichung dieses Antrages in der Stadtverordnetenversammlung hat die SPD. ihre Verlegenheit offensichtlich in Erscheinung treten lassen. Bei dem Ausschlußverfahren der SPD-Fraktionensleitung der Berliner Konsumgenossenschaft gegen fünf oppositionelle Mitglieder wird diesen auch die Einreichung dieses Antrages zugeschoben. Der wertvolle Dienst für die Konsumgenossenschaft als ein „Aufklärung“ verleumdet. Da in Berlin die SPD. und die GGG. Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung hat, ist die SPD. in eine sehr unangenehme Lage gebracht. Deshalb auch die Verlegenheit der reformistischen Genossenschaftsführer.

In den übrigen Kommunen ist es empfehlenswert, ähnliche Schritte für die Unterstützung und Förderung der Konsumgenossenschaften zu unternehmen. Die Anträge müssen natürlich von den konkreten örtlichen Verhältnissen ausgehen. Innerhalb der Konsumgenossenschaften besteht die Notwendigkeit, zu diesen proletarischen Forderungen Stellung zu nehmen und von den Konsumvereinen zu verlangen, daß sie entsprechende Forderungen an die Kommunen aufstellen und die Genossenschaftsmitglieder und gewählte Arbeiterklasse für die Durchsetzung der Forderungen gewinnen. Bei den bevorstehenden Gemeindevahlen gilt es, auch die Genossenschaftsforderungen für die Propaganda der Partei zu benutzen.



Generalversammlungen der Partei

- Stadtteil West. Donnerstag 20 Uhr bei Banke, Mariannenstraße. Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Vogt-Berlin.
Stadtteil Ost. Donnerstag 20 Uhr „Weslychloß“, Weßlystraße. Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber.
Stadtteil Nord. Freitag 20 Uhr „Bergkeller“, Fleischhaustraße. Referent: Genosse Reimann.
Stadtteil Nordost. Freitag 20 Uhr bei Rösner, Uferstraße. Referent: Genosse Dombrowski.
Stadtteil Süd. Freitag 20 Uhr bei Banke, Friedrichstraße. Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Vogt.
Stadtteil Zentrum. Freitag 20 Uhr im „Turmhof“, Antonienstraße. Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber.
In allen Versammlungen ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Der Pflegerater a's Stillschleisverbrecher

Das Große Schöffengericht verurteilte den 84 Jahre alten launmännlichen „ungekletterten“ Mag. Nowotny wegen Stillschleisverbrechens an: er jetzt 16 Jahre alten Pflegerochter zu einem Jahr Gefängnis. Der Verurteilte hatte vier Jahre hindurch seine Pflegerochter mißbraucht. Der Staatsanwalt hatte 1 1/2 Jahre Zuchthaus in Antrag gebracht.

Aus dem Gerichtsaal

Vor dem Erweiterten Schöffengericht stand der Emil Klimke aus Breslau. Erst im Dezember vorigen Jahres hatte er eine Zuchthausstrafe von fast drei Jahren verbüßt, und im Februar d. J. beging er neue Straftaten. In Schrebersdorf stahl er einem Pferdehändler die Geldbörse aus der Tasche, während er in Orsch-Bresla einen Kaninchen- und Hühnerdiebstahl ausführte. Bei einem erneuten Versuch, auch in Klein-Bresla einzubrechen, wurde er von demselben Oberlandjäger erwischt, der ihn in Schrebersdorf nach dem Geldbörsehändler untersuchte. Damals gab er einen falschen Namen an, diesmal wollte er als Nachtwächter gelten. Als alles nichts nützte, versuchte er sich loszureißen und zu entfliehen. Das bei ihm gefundene Fahrrad stammte ebenfalls von einem Diebstahl. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus sowie zu fünf Jahren Erwerbsverlust. Ein Teil der Strafe soll ihm auf die Untersuchungshaft angerechnet werden.

Das Ende des Abbachlases

Das Opfer einer Alkoholvergiftung wurde der wohnungslose Arbeiter Mag. Klein. Vorübergehende fanden ihn in demselben Zustand auf einer Promenadenbank am Dampplatz stehend vor, neben ihm eine ausgeleerte Brennspiritusflasche. Ein herbeigeholter Arzt konnte nur noch den ingwischen eingetretenen Tod feststellen.

Wieder einmal gefälschte Morphium-Rezepte. In einer Apotheke am Ring erschien ein etwa 25jähriger junger Mann und verlangte auf ein Morphium-Rezept 50 Gramm Morphiumlösung. An einem Schreibfehler erkannte der Apotheker, daß es sich um eine Fälschung handeln mußte. Unter einem Vorwand verdrängte er den Inhaber des Rezeptes auf den Nachmittag, setzte ingwischen die Polizei in Kenntnis und fragte bei dem auf dem Rezept genannten Arzte an. Hierbei stellte er sich heraus, daß der Betreffende das Rezept sich selbst ausgefüllt hatte, während sein Name auf dem Rezept als Arzt angegeben war, hieß er in Wirklichkeit Jung und ist langjähriger Morphiumist. Er war bei jenem Arzte vor zwei Jahren in Behandlung. Als er am Nachmittag wieder erschien, wurde er festgenommen.

Späteres Schulbeginn für die Lernanfänger. Die städtische Schulverwaltung hat verfügt, daß den Lernanfängern der Volksschulen während des Winterhalbjahres der Unterricht nicht mehr von acht, sondern erst von neun Uhr an erteilt werden darf.

In Stettin festgenommen. Von der Breslauer Kriminalpolizei wurde der 23 Jahre alte polnische Landarbeiter Taddeus Kolla wegen versuchten Mordes und schweren Raubes gesucht. Nunmehr wurde er in Stettin festgenommen.

Die Anmeldungen zu den neuen Volkshochschullehrgängen wären bis Ende voriger Woche so zahlreich, daß ein Teil der sich Meldenden bis zu dem veröffentlichen Schlüßtermin nicht hat abgefertigt werden können. Infolgedessen bleibt das Volkshochschulamt auch noch in den nächsten Tagen werktäglich von 10-15 und 17-20 Uhr für Anmeldungen geöffnet.

„Der falsche Prinz“ in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen. Selten hat eine politische Affäre soviel Staub aufgewirbelt, als wie die Glanzlage des falschen Prinzen Harry Domela. Er hat mehr bewirkt als Lachen. Ein Stück politischer Komödie wurde von ihm ausgerollt. Domela zeigte seiner Mitwelt, daß die Menschen krümme Büdel vor einem Titel machen. Wenn die beiden lustigen Bagabunden Pat und Patagon eine Woche vorher uns mit wihigen Einsäulen über einen ähnlichen Vorfall zum Lachen reizten, so führt uns Harry Domela in die Kleinstaat von Südbankland und läßt uns lachen über die Borniertheit so mancher eingebildeten Persönlichkeit. Der Film läuft nur an zwei Tagen. Wer Zeit hat, kommt möglichst schon am ersten Tage und zur ersten Vorstellung.

Spielvereinigung 1921. In der Halbjahresversammlung wurden gewählt: Erster Vorsitzender Paul Wende, Frankfurter Straße 112; erster Kassierer Oskar Raumann, Hildebrandtstraße 80; erster Sportwart G. Gypka, Frankfurter Straße 143; Leiterin der Frauenabteilung Helene Garde, Steinauer Straße 2. Schriftliche geschäftliche Inhalts an den Vorsitzenden, sportliche Angelegenheiten an den Sportwart.

Freie Sportvereinigung 1897. Sonnabend 20 Uhr bei Banke, Weihenburger Platz 4, Mitgliederversammlung. Alle Sportgenossen erscheinen, da am Sonntag die Serientämpfe beginnen. Mittwoch, den 24. Oktober, in der Fleischhauhalle Pflichttraining aller Sportgenossen der Abteilung.

Breslau, 17. Oktober 1928.

Wenn es in Breslau, dem sowieso nicht mit viel Leben behafteten großen Dorfe einmal ganz langweilig wird, wenn erreicht ist, daß sogar der „Generale“, der selbst den kleinsten Vorfall launisch zu „verwerten“ versteht, einfach nicht mehr weiter kann und mit 250 Zeilen „unterjucht“, ob vor 600 Jahren Rüben oder Kartoffeln zwischen Ostschin und Wolschitz angebaut wurden, dann sind es gewöhnlich die Herren Werbrecher, die dafür sorgen, daß wieder einmal etwas vorfällt, worüber zu berichten lohnt, und worüber man am Kaffeetränkchentisch reden kann. Zuerst waren es wohl die Mörder, die ihre erfolgreiche Arbeit in Breslau aufnahmen und lange Zeit ungestört fortsetzten. Dann wurde diese Kategorie von Verbrechern von einer anderen — den Stahlfeltern abgelöst, die nach einigen gelungenen Bluttaten zur „Massenaktion“ übergingen, das heißt, sich an den Straßen hordenweise bilden ließen. Doch ihr Treiben mußten sie bald einstellen, aber nicht, weil die Polizei dagegen war, sondern weil das die Arbeiter nicht gern sahen.

Neuerdings bemerkt etwas anderes Kriminelles die Breslauer Öffentlichkeit: die andauernden Ausbrüche in Breslau untergebrachter Strafgefangener. Daß sie es tun, ist ja verständlich, denn das Leben in der „Graupe“ oder in „Kleischlau“ gehört nicht zu den Annehmlichkeiten des menschlichen Daseins.

Meist stellen die Gefangenen ihre Flucht recht humorvoll an. Erinnert sei nur, daß vor einigen Wochen zwei Untersuchungsgefangene dadurch aus der „Graupe“ ausbrechen konnten, daß sie in der Freistunde dem Wärtler einredeten, er müsse sie allein lassen, denn ein dritter Gefangener hätte plötzlich Bauchschmerzen bekommen. Kurze Zeit danach rückte ein Strafgefangener aus. Bei Dels wurde er wieder gefaßt und vom Landjäger mit Stricken gefesselt. So sollte er nach Breslau geschafft werden. Plötzlich merkte jedoch der Landjäger, daß er zwar noch die Stricke

in der Hand halte, der Gefangene aber nicht mehr an ihnen hing. Dieser sah unterdessen auf einem davonfahrenden Wagen und wird wahrscheinlich dem verärgerten Ordnungshüter ein sicher festlich gemeltes „Lebewohl!“ zurückerwidert haben.

Der nächste Ausbruch wurde am Sonntag bekannt. Diesmal hatte der Uebeltäter nur insofern etwas mit Breslau zu tun, als er nach seinem unerlaubten Verlassen des Breslauer Zuchthauses hier austauchte und der Polizei in die Hände fiel.

Um die Serie der Ausbrüche voll zu machen, rückte am Freitag in frühesten Morgenstunden der Zuchthausgefangene Sarchia aus dem Kierhelligen-Hospital aus, worüber erst jetzt die vollständige Information erfolgt. Diese meldet:

„Wie erinnerlich, war selnerzeit von der Breslauer Kriminalpolizei der Zuchthausgefangene Sarchia festgenommen worden. Sarchia ist derjenige Einbrecher, von dem die Heilerin Scholz auf der Gräblicher Straße ihre Heilerwaren bezog. Sarchia mußte schließlich vom Untersuchungsgefängnis aus nach dem Kierhelligen-Hospital gebracht werden, da er erkrankte. Hier ist er nunmehr am 12. Oktober entwichen. Am selben Tage erhielt die Kriminalpolizei ein anonymes Schreiben, in dem die Flucht angekündigt wurde. Darin wurde weiter gesagt, daß Sarchia im Gefängnis Kastronlauge getrunken habe, um damit die Kastanienfestigkeit künstlich herbeizuführen. Sarchia, der 29 Jahre ist und in Dels geboren wurde, ist schon einmal im September 1927 aus dem Zuchthaus Breslau ausgebrochen. Nach der Flucht verhielt er sich nach drei bis vier Tagen wieder in der Haft und wurde nach dreifach Einbruch und konnte dann wieder vom Festungskommando der Breslauer Kriminalpolizei inhaftiert werden. Vor kurzem sollte die Hauptverhandlung stattfinden, aber wegen der „Erkrankung“ mußte sie abgesetzt werden. Der Termin war dann auf den 6. November angelegt. Falls Sarchia nicht vorher wieder gefaßt wird, muß die Verhandlung also nachmalig vertagt werden.“

Na, mehr kann schließlich die Polizei nicht verlangen, als daß ihr ein bevorstehender Ausbruch angekündigt wird....

Die neue Breslauer Verkehrsordnung

Wir brachten gestern aus der Polizeiverordnung eine Aufstellung der neuen Einbahnstraßen und veröffentlichten heute die weiteren Bestimmungen der Verordnung.

Straßen erster Ordnung

Verkehrsstraßen erster Ordnung sind Straßen, die durch stehende viereckige, an den Einmündungen der Seitenstraßen angebrachte weiße Schilder mit roter Umrandung gekennzeichnet sind. Für solche Straßen gelten folgende Bestimmungen: Fahrzeuge dürfen nicht wenden; das Anfahren und Halten ist nur in der vorgeschriebenen Fahrtrichtung gestattet; in der Zeit von 9 bis 20 Uhr dürfen Personalfahrzeuge nur so lange aufgestellt bleiben, als es für das Aus- oder Einsteigen der Fahrgäste unbedingt erforderlich ist; das Be- oder Entladen von Last- und Handwagen muß mit größter Beschleunigung ohne Unterbrechung durchgeführt werden; Fußgänger dürfen in der Zeit von 9 bis 20 Uhr den Fahrdamm nur in senkrechter Richtung zu den Bürgersteigen und ohne Aufenthalt überschreiten. Als Straßen erster Ordnung gelten: der große Nord-Süd-Straßenzug: Schmiedebühl-Ring (Grüne-Röhre-Seite)-Schweidnitzer Straße-Neue Schweidnitzer Straße; der große West-Ost-Straßenzug: Neuschestrasse-Nordseite des Blücherplatzes-Ring (Goldene-Becher-Seite)-Dhlauer Straße; der große Ost-West-Straßenzug: Albrechtstraße-Ring (Machmarkt-Seite)-Mitschkestraße; die Katharinen- und Poststraße.

Sondervorschriften für die Schweidnitzer Straße

Das Befahren der Schweidnitzer Straße zwischen Ring und

Zwingerplatz (ausschließlich) mit Last- und Handfahrzeugen aller Art ist in der Zeit von 9 bis 20 Uhr verboten. Nicht unter das Verbot fallen der Anliegerverkehr, die Postkraftwagen, die leichten Geschäftswagen und die Fahrzeuge für die Straßencleaning. Kabelfahrer dürfen auf der Schweidnitzer und Neuen Schweidnitzer Straße nur hintereinander, nie aber nebeneinander fahren.

Plätze im Rundverkehr

Folgende Plätze dürfen nur in Rechtsrichtung umfahren werden: Reichspräsidentenplatz, Tauentzienplatz, Königplatz.

Linksabbiegeverbot

An den Kreuzungen der Schweidnitzer Straße mit ihren Nebenstraßen vom Ring, Ede Dhlauer Straße bis zum Zwingerplatz ausschließlich; der Neuen Schweidnitzer Straße mit der Gartenstraße; der Neuen Schweidnitzer Straße mit der Springerstraße; der Gartenstraße mit der Neuen Taschenstraße; der Taschenstraße mit der Dhlauer und Poststraße; des Ringes mit dem Hintermarkt dürfen Fahrzeuge aller Art aus der Verkehrsrichtung nur geradeaus fahren oder rechts abbiegen, für welche vor der Kreuzung aufgestellte weiße, rot eingefaßte Pfeilschilder dies anzeigen.

Öffentliche Parkplätze

Als öffentliche Parkplätze werden bestimmt: die Westseite des Ringes, am Stadthaus, und die Ostseite des Schloßplatzes, hinter dem Stadttheater.

Mittelschlesien

Dels. Eine Zuschrift. Uns wird von Landarbeiterssekretär Schubert zu unserem Artikel „Korruption in der Desser SPD.“ geschrieben: „Der Unterzeichnete, Kreisleiter des DLR. Dels, ist seit 1 1/2 Jahren Sekretär des Deutschen Landarbeitersverbandes. Ich habe bisher noch niemals mich irgendwo an Geldern des Deutschen Landarbeitersverbandes vergreifen. Zu bemerken ist weiter, daß ich seit dieser Zeit Kreisvorsitzender der SPD des Kreises Dels bin, und insfolgedessen der Artikel für mich beleidigend wirkt. Ich ersuche deshalb, in den nächsten Tagen eine Berichtigung zu bringen, andernfalls ich Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur stellen muß.“

Strehlen. Gestandnis eines Luftmörders. Der wegen des Luftmordes an der siebenjährigen Schülerin Annelies Guttmann in Markt-Böhrau verhaftete 25jährige Strafgefangene Simon hat nunmehr, nachdem er fortgesetzt die Tat geleugnet hatte, dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt. Inzwischen wurde festgestellt, daß Simon schon am Tage vorher versucht hatte, ein anderes Mädchen zu vergewaltigen, und zwar eine fünfzehnjährige landwirtschaftliche Arbeiterin, die auf einem Felde bei Markt-Böhrau das Vieh hütete. Das Mädchen konnte sich nur mit Mühe des Attentäters erwehren, der schließlich entflo, als Leute nahten.

Neumarkt. Ein Kind tödlich überfahren. Der vier Jahre alte Richard Franke wurde von einem auf dem Fußwege fahrenden Radfahrer überfahren und erlitt hierbei eine Gehirnerschütterung sowie Kopfverletzungen, die den Tod des Kindes zur Folge hatten.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband. An alle Ortsgruppen!
Achtung, Kol-Beiter! Am Sonntag, dem 21. Oktober, findet die Bezirksauswahlprüfung statt. J.R.-Vertreter anwesend. Trefft alle Vorbereitungen.
Breslau. Achtung, Kol-Beiter! Trefft Vorbereitungen zur Bezirksauswahlprüfung und besorgt Quartiere für die Vertreter auswärtiger Ortsgruppen.

Breslau. — Süd. Mittwoch 20 Uhr Heimabend bei Banke, Friedrichstraße 41. — Nord. Donnerstag 20 Uhr bei Schreiber, Rosenstraße, Ede Ottostraße, Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen!

Jung-Spartakus-Bund. — Süd. Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Banke, Friedrichstraße 41. Gäste willkommen. — Nord. Donnerstag 17 Uhr Heimabend „Stadt Ramsau“, Ende Matthiasstraße. — West. Donnerstag 18 Uhr Heimabend im Anglerheim, Weihenburgerstraße. Gäste willkommen.

Roter Frontkämpfer-Bund. — Breslau. — Abt. 3. Donnerstag 19 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Schneider, Rosenstraße. — Gölitz. Donnerstag 20 Uhr sämtliche Kameraden, die nach Nieder-Oberwitz fahren, in „Union-Bierstube“, Langenstraße.

Rote Jungfront. — Breslau. — Generalmitgliedsversammlung der Gesamt R.F. Breslau heute 20 Uhr bei Rösner, Uferstraße. Wichtige Tagesordnung! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Wer nicht erscheint, wird von der Mitgliedsversammlung zur Verantwortung gezogen. — Abt. 2. Heute 19 1/2 Uhr Auftreten bei Reimann, Neue Antonienstraße, in Bundeskleidung. — Abt. 3. Donnerstag 19 1/2 Uhr öffentlicher Kameradschaftsabend mit Lichtbildvortrag „Stadt Ramsau“, Ende Matthiasstraße. — Sonstige Organisationen. — Schweidnitz. Rote Hilfe. Freitag 20 Uhr bei Häbel wichtige Mitgliedsversammlung.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Nur 2 Tage! Jugend verboten! Donnerstag und Freitag 5 und 8 Uhr. Natur und Liebe. Ein populär wissenschaftlicher Film die Entwicklung des Menschen! Der falsche Prinz (Harry Domela). Eine beißende Satire. Achtung! Zeitiges Kommen stört einen guten Platz! Kasseneröffnung 4 Uhr 15 Min. Uebliche Preise. Arbeiter-Sportklub Breslau E. V.

Viele Ortsgruppen haben bisher noch nicht einmal Konten-Abrechnungen der Sammelisten für den Kampf gegen den Panzerkreuzerbau eingefandt! Wie lange wollen die Genossen noch damit warten?



# Waldenburger Bergland

## Bilder vom Streik

Zu den Streikposten vor dem Hans-Heinrich-Schacht kommt ein Bauarbeiter und fragt:

„So, wie steht's? Was werdet ihr machen, wenn der Sozialdemokrat Wiffel den Hungerstreik für verbindlich erklärt und Hoffmann auch zu Kapitulieren befehligt?“

Die Streikposten antworten wie ein Mann:

„Hoffmann hat uns nichts zu befehlen. Mit diesem Hungerstreik gehen wir nicht in die Grube, mag er auch zweimal für verbindlich erklärt werden.“

In der Streikleitung Altwasser soll die Lebensmittelausgabe beauftragt werden. Ein Kollege bewaffnet sich mit einem Stielkreide und schreibt an die Tür:

„Um 5 Uhr Verteilung.“

Ein vorübergehender Kollege scherzt:

„Doch nicht etwa Arbeitsverteilung?“

„Ne, nee, Lebensmittelverteilung.“

„Das wollte ich meinen, sonst müßtest du die Schrift sofort auslösen.“

Auf der Straße unterhalten sich mehrere Bergarbeiter über die Möglichkeit einer Verbindlichkeitsklärung. Der eine sagt:

„Ich wünsche dem Wiffel, nach der Verbindlichkeitsklärung in einer Bergarbeiterversammlung sprechen. Dann wird er seine Knochen im Schnupftüchle nach Berlin tragen können.“

Vor dem Streiklokal in Nieder-Vermsdorf. Ein sozialdemokratisch orientierter Kollege sagt:

„Wenn die Verbindlichkeitsklärung kommt, so werden wir halt in den sauren Apfel beißen müssen.“

Darauf erwidert ein anderer:

„Was, in den sauren Apfel beißen? Da lachen uns ja selbst die Geschäftskente aus. Denkst du, daß sie uns deshalb unterstützen, damit wir die Arbeit ohne Lohnerhöhung wieder aufnehmen?“

Vor einem Einzeichnungslokal zum Volksbegehren. Der Plakatträger, Kommunist und zugleich N.D.M.-Mitglied, ruft einem vorübergehenden Arbeiter zu:

„Kollege, hast du dich schon eingetragen?“  
Antwort: „Noch nicht. Aber jetzt werde ich es tun. Deine Organisation hat meinen Kindern ein warmes Mittagessen besorgt. Nun werde auch ich euch unterstützen.“

Ueberfüllte Streikversammlung. Referent vom Bergarbeiter-Hauptvorstand sagt, im Falle einer Verbindlichkeitsklärung wird man eben trotz des Hungerstreikbeschlusses in den Betrieb gehen müssen. Darauf erhebt sich ein sozialdemokratischer Funktionär und spricht unter tosendem Beifall:

„Ja, wir gehen geschlossen in die Betriebe — und verlangen unsere Papiere. Wenn wir schon verhungern müssen, dann lieber ohne zu arbeiten. Mögen die Grubenaktionäre ihre Köpfe selbst haben.“

Ist es nicht eine Schande, daß trotz dieser Stimmung die reformistischen Gewerkschaftsangehörigen den Streik abwürgen wollen?  
Urus.

## Dynamitattentat auf die Geliebte

Eine furchtbare Liebestragödie spielte sich in Weißstein, Hauptstraße 114, ab. Der Grubenbeamte Maffert verfolgte seit Jahren die Frau des Grubenbeamten Ende mit Liebesanträgen, die jedoch zurückgewiesen wurden. Am Dienstagmorgen erschien Maffert wiederum vor der Wohnung der Frau Ende und brachte, nachdem sie die Tür geöffnet hatte, zwei Dynamitpatronen zur Explosion. Während Frau Ende schwere Verletzungen am ganzen Körper erhielt, wurde Maffert vollkommen zerrissen. Obwohl sich die Tat im zweiten Stockwerk abspielte, waren Fleischstücke des Toten im ersten Stock und auf der Straße zu finden. Die Frau, Mutter mehrerer Kinder, wurde ins Hospital übergeführt und dürfte kaum mit dem Leben davorkommen.

## Wierzehn Jahre keine Rassenrevolution beim Standesamt

Der Prozeß gegen den Stadtschreiber Hänel  
Vor dem Schöffengericht stand der Stadtschreiber Karl Hänel aus Waldenburg unter Anklage der Amtsunterstellung, Beiseiteschaffung und Vernichtung von Urkunden

und Erhebung unerlaubter hoher Gebühren. Er habe diese Straftaten in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Standesamtes begangen haben. Hänel bezog neben einer Milliarrente ein recht hohes Monatsgehalt und hatte zudem noch einige Nebeneinnahmen, da er den Kirchen verschiedene mit einer Gratifikation belohnte amtliche „Besäßigkeiten“ erwies. Im allgemeinen war Hänel geltend. In seiner Verteidigung führte er an, daß seit vierzehn Jahren eine Revision der von ihm verwalteten Kasse nicht erfolgt sei. Der Staatsanwalt beantragte, da Hänel nicht aus Not gehandelt habe, zwei Jahre Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust und 150 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis.

An die Arbeiterschaft von Weißstein! Da die Geschäftswelt von Weißstein die Streikenden in der jetzigen Lage unterstützt, werden die Arbeiter es auch verstehen, diese Leute in einer besseren Zeit ebenfalls beim Einkauf von Waren zu unterstützen. Eine Ausnahme macht die Inhaberin der Wehlniederlage E. Strauß (Ganfelds Erben), Hauptstraße 99, die ihren Sohn, der in der Parkstraße Schloffer lernt, des Sonntags auf Streikbrecherarbeit stellt. Dieses Geschäft könnte in Zukunft von Arbeitern gemieden werden.

Folgende Lebensmittel sind der Streikleitung Weißstein überwiesen worden: Vom Gastwirt Schade 20 Brote, 100 Stück Zigarren, 100 Stück Zigaretten, Kaufmann Hante 20 Mark für Lebensmittel, Kaufmann Nixdorf 10 Pfund Mehl und 25 Pfund Zucker, Steinmetzmeister Hattwich 1/2 Zentner Mehl, Friseur Reichstein 10 Brote, Bäckermeister Hiltmann 25 Brote, Bäckermeister Nummerl, Buchmann, Ehrlich, Bleich, Hübel, Birle, Rother, Sauer, Schwärzer je 10 Brote, Gastwirt Gustav Berger 100 Brote und für drei Kinder täglich Mittagessen. Allen Spendern wird auf diesem Wege der Dank ausgesprochen.  
Die Streikleitung.

Für die neuangelegte Bedürfnisanstalt der Gemeinde Weißstein wird eine Wärterin gesucht. Als Bewerberinnen kommen nur allein stehende Frauen in Frage, die bereits im Besitz einer Rente sind. Bewerbungen wollen an den Gemeindevorstand in Weißstein schriftlich bis zum 20. Oktober 1928 eingereicht werden.

Ein tragisches Ende. Der in Sandberg wohnende Invaliden Kierner wurde, als der Gaskontrolleur früh seine Wohnung aufsuchte, tot aufgefunden. Es ergab sich, daß der Invaliden, als er seinen Morgenkaffee bereiten wollte, vom Schlaf überfallen wurde. Der Kaffee kochte über und löschte die Gasflamme, so daß der Bauernswerte an Gasvergiftung starb.

zweite Einbruch in der gleichen Nacht bei dem Handelsmann Döring. Am frühen Morgen wurde er aber von zwei Beamten auf Fahrrädern verfolgt und festgenommen. Er wurde zunächst in das Löhner Gefängnis gebracht, wo er wieder einen Ausbruch versuchte. Er hatte schon die Eisenstäbe vor dem Fenster seiner Zelle mit Drahtsagen durchgeschnitten, als er vom Gefängnisbeamten ertappt wurde. Vor dem Hirschberger Schöffengericht behauptete er, geisteskrank zu sein, was der ärztliche Sachverständige jedoch verneinte. Das Schöffengericht verurteilte Ertel unter Einrechnung der früheren Strafe zu fünfzehn Jahren Zuchthaus. Die von ihm eingeleitete Berufung wurde jetzt von der Staatsanwaltschaft verworfen.

# Niederschlesien

## Görlitz

Die Arbeitsmarktlage in Görlitz. Das Arbeitsamt Görlitz teilt mit, daß sich die örtliche Arbeitsmarktlage gegen die Vormache im ganzen kaum verändert hat. Die Zahl der Arbeitsuchenden beträgt zurzeit 2026. Vermittlungen wurden insgesamt 355 getätigt.

## Goldberg

Vom elektrischen Strom geiztet. Beim Einschrauben einer elektrischen Lampe auf dem Bahnhof kam der 23jährige Hilfsbahnenführer Ernst Döbke auf einem hohen Mast mit der elektrischen Leitung in Berührung. Er stürzte ab und blieb mit dem Steigeseil in einem unter dem Mast befindlichen Leitungsdraht hängen. Der Verunglückte konnte nur als Leiche geborgen werden.

Von der Lehrstelle entfernt hat sich ein Wädelchrling und ist seit Montag verschwunden.

Reim Turnen abgehängt. Ein 10jähriges Mädchen stürzte beim Turnen an einem Geländer am Ring ab und mußte schwer verletzt bewußtlos in die elterliche Wohnung gebracht werden.

## Sagan

Zehn Pfennige wichtiger als ein Menschenleben!  
Anlässlich eines Zusammenstoßes zwischen einem Motorrad und einem Auto konnte man wieder einmal beobachten, mit welcher Schnelligkeit unsere Polizeibehörde arbeitet und wie menschenfreundlich die Postbehörde ist. Der Zusammenstoß ereignete sich nur vor dem Postamt. Ein Passant, der schnelle Hilfe herbeischaffen wollte, versuchte von der Post aus die Polizei telefonisch anzurufen. Die Postbehörde wollte aber erst die Geldfrage geregelt wissen, da die ungeheure Summe von 10 Pfennig auf dem Spiele stand. Erst als der Passant die 10 Pfennig bezahlte, wurde die Polizei angerufen. Der Postbehörde scheint der Großden lieber gewesen zu sein, wie das bedrohte Menschenleben. Nachdem eine volle Viertelstunde vergangen war, erschien endlich die Polizei, obwohl das Polizeiamt nur zwei Minuten von der Post entfernt ist. Im Zusammenhang damit wiederholen wir unsere alten Forderungen, an den Verkehrsreichen und gefährlichsten Straßen und Ecken Beamte zu postieren. Gerade an der Unfallstelle kreuzen sich drei Verkehrswege, und hier wird von den von der Oberbrücke kommenden Kraftfahrzeugen viel gefährdet.

## Grünberg

Schlechte Weinlese. Am Sonnabendmorgen verkündete Glockengeläut den Beginn der diesjährigen Weinlese. Die Frostschäden haben so großen Schaden angerichtet, daß lediglich in den Obhängarten einige Heeren geerntet werden konnten. Also hat selbst das Glockengeläut nichts genützt.

## Liegnitz

Ein Zeitungstribunal. Die hier gegründete neue Wochenchrift „Die Kundare“ hat nur die Ausgabe einer — einzigen Nummer erlebt und schon das Zeitliche gesegnet. Der Herausgeber, Schriftleiter Konrad Winkler, hat einen Ruf als Redakteur in das Rheinland angenommen.

Verurteilung wegen Abtreibung. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Schöffengericht gegen einen 23jährigen Zimmermann aus Kummernitz, der an einem 17jährigen Mädchen, mit dem er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, eine Abtreibung vorgenommen hatte. Anstelle einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen erhielt er 70 Mark Geldstrafe.

## Glogau

Durchfügen eines Schindes? Man rechnet damit, daß das katholische Gymnasialgebäude, das unter Schwamm und Feuchtigkeit leidet, durchfügt wird. Man würde in diesem Falle das Wasserwerk an den Stellen, an denen die Feuchtigkeit aus dem Erdreich eindringt, durchfügen und in die Fugen Metallplatten einlegen.

## Aus dem Riesengebirge

Stündlich Jahre Festhalten. Der Maschinist Walter Ertel aus Breslau war im Herbst vorigen Jahres in zwei Jahren mit einem Konfektionsgeschäft in Schönan und Greiffenberg eingetragenen. Anfang dieses Jahres wurde er wegen dieser Diebstähle

vom Hirschberger Schöffengericht zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Noch ehe er in das Zuchthaus transportiert wurde, gelang ihm eine kühne Flucht aus dem Hirschberger Gefängnis. In der Freiheit setzte er seine Tätigkeit fort. Im Pfarrhause zu Zillendorf, Kreis Bunzlau, erbeutete er bei einem Einbruch ein Fahrrad, Lebensmittel und Kleidungsstücke; in der Nacht zum 6. Juni wollte er bei dem Kaufmann Friebe in Lahn einbrechen, wurde aber dabei gefaßt. Besser gelang ihm dann der

**Vereinigte Theater**  
**Lobe-Theater**  
Von Sonnabend, d. 13. 10. bis Freitag, den 19. 10. außer Donnerstag täglich 20 Uhr  
Eine kleine Sünde  
Donnerstag, 18. 10., 20 Uhr  
Der lebende Leichnam  
Sonnabend, 20. 10., 20 Uhr  
Uraufführung  
Die Tage der Geschwister Turbin

**Thalla-Theater**  
Von Sonnabend, den 13. 10. bis Freitag, den 19. 10. täglich 20 Uhr  
Der Prozeß Mary Dugan  
Dienstag, den 16. 10.  
Zum 25. Male!  
Der Prozeß Mary Dugan  
Sonnabend, 20. 10., 20 Uhr  
Zum 1. Male  
Oelrausch

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Breslau  
Telephon Nr. 363

Täglich 20 Uhr:  
Der köstliche Heiterkeits-Erfolg  
Prinzessin Ti-Ti-Pa

Wir empfehlen unsere  
Buchdruckerei  
zu Anfertigung von  
Werken  
Plakaten  
Briefbogen  
Rechnungen  
Programmen  
Einlasskarten  
Fingplättchen  
Massenaufgaben usw.  
Gute Ausstattung  
Niedrige Preise

**Stadt-Theater Breslau**  
(Opernhaus)  
Mittwoch, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie B 4  
Madame Butterfly  
Donnerstag, 19.30 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie E 4  
In vollständiger Neumünzierung  
Margarethe (Faust)  
Freitag, 19 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie C 4  
Die veranste Brant  
Sonnabend, 19 Uhr  
Lohengrin  
Sonntag, 15.30 Uhr  
Zu ermäßigten Preisen  
Der Waffenschmied  
Sonntag 20 Uhr  
Margarethe (Faust)

**Büchleinhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Belebung d. Anzeigen, Wäsche und Schmudfäden

**Parteilgenossen!**  
Kauft nur bei den Inserenten  
Eurer Zeitung

**PEUVAG**  
Papier-Erzeugnisse  
und Verwertungs-  
Aktien-Gesellschaft  
Breslau  
Treibhaus-Str. 59

Die größte Stützensäule für  
Schuhwaren nur im  
**Schuhhaus Naumann**  
Leitner, Hohenstraße 11  
Kolo-Laden, Spree, daher billig  
Neuere Arbeit  
Lohnung billiger

**Amtliche Bekanntmachung von Dittersbach**  
Am Mittwoch, dem 17. Oktober 1928, findet ab nachmittag 2 Uhr die Ausgabe der Kartoffel-Gutscheine an die Rentenempfänger im hiesigen Wohlfahrtsamt, Zimmer 2, statt. Ausweis ist mitzubringen.  
Dittersbach, den 15. Oktober 1928.  
Der Gemeindevorsteher.  
Koeßler.

**Amtliche Bekanntmachung von Weißstein**  
Betrifft  
Beantragung der Wandergewerbescheine für das Jahr 1929  
Die Wandergewerbetreibenden hiesiger Gemeinde werden hiermit aufgefordert, den Schein für das Jahr 1929 alsbald, und zwar im Laufe des Monats Oktober 1928, zu beantragen, weil bei der großen Zahl der Anträge und wegen etwa erforderlicher Ermittlungen die Ausfertigung bei dem Bezirksauschuß in Breslau längere Zeit in Anspruch nimmt.  
Die Anträge sind persönlich zu stellen, und zwar unter Vorlegung eines Lichtbildes, das nicht auf festem Karton aufgezogen sein darf. Die Entgegennahme erfolgt im Zimmer Nr. 5 des Amtsgebäudes (Einwohnermeldeamt).  
Weißstein, den 11. Oktober 1928.  
Der Gemeindevorsteher.  
J. B.  
geb. Schönl.

Bitte  
an die Bevölkerung, insbesondere an die Geschäftswelt von Weißstein (inschl. des Ortsteils Neu-Salzbrunn).  
In erfreulicher Weise gehen bei dem Gemeindevohlfahrtsamt bzw. bei dem Streikleitenden Spenden an Lebensmittel und Geld ein zur Unterstützung bedürftiger Kinder der Streikenden. In Uebereinstimmung mit den örtlichen Streikleitenden bitte ich darum, daß in Zukunft Spenden unmittelbar an die Streikleitungen nicht mehr gegeben werden, sondern lediglich an das Gemeindevohlfahrtsamt. Dieses wird die Spenden restlos zu Zwecken der Kinderpeisung verwenden. Es wird gebeten, Lebensmittel pp. nicht mehr direkt an das Wohlfahrtsamt zu senden, sondern lediglich Benachrichtigungen über die für die Kinderpeisung zugehenden Spenden. Dieselben werden dann von Beauftragten der Gemeinde unmittelbar abgeholt werden. Durch die Neuregelung soll die Vergettelung der Verwendung der Spenden sowie der unnötige Hin- und Hertransport von Lebensmitteln vermieden werden. Das Gemeindevohlfahrtsamt sowie die Streikleitungen hoffen nach wie vor auf rege Hilfe.  
geb. Hertwig.  
Beglaubigt: Angres, Gemeindevorsteherin.